

Antragsbuch Landesparteitag 9. März 2024

cvtx

26. Februar 2024

Inhaltsverzeichnis

Woh Wohnen / Stadtentwicklung

1

2024/I/Woh/1

ASJ Hamburg

2024/I/Woh/1 Beschäftigten wieder verstärkt günstigen Wohnraum in Hamburg schaffen

..... 1

2024/I/Woh/2

Distrikt Billstedt

2024/I/Woh/2 Genehmigungsverfahren vereinfachen, mehr Wohnraum schaffen - Anpassung der Geschossflächenzahl (GFZ) an heutige Bedürfnisse

..... 3

Umw Umwelt / Energie

5

2024/I/Umw/1

Distrikt Altona Nord-Sternschanze

2024/I/Umw/1 Bekenntnis zum Kampf gegen den Klimawandel und für mehr Umweltschutz

..... 5

2024/I/Umw/2

Jusos Hamburg

2024/I/Umw/2 Unsere Zukunft: sozial gerecht und dekarbonisiert

..... 6

Arb Arbeit

10

2024/I/Arb/1

Kreis Wandsbek

2024/I/Arb/1 Weniger als Mindestlohn ist nicht genug! - VHS Kursleitende finanziell und rechtlich besserstellen!

..... 10

2024/I/Arb/2

AfA

2024/I/Arb/2 Mehr Arbeitsschutz für Arbeitnehmende im Hamburger Einzelhandel

..... 12

2024/I/Arb/3

Kreis Wandsbek

2024/I/Arb/3 Reallöhne stärken, Mindestlohn erhöhen!

..... 13

2024/I/Arb/4

Jusos Hamburg

2024/I/Arb/4 Gerechte Tarifverträge für studentische Beschäftigte

..... 15

2024/I/Arb/5	Jusos Hamburg	
2024/I/Arb/5 Keine Streichungen bei der Agentur für Arbeit!		
.....		16
2024/I/Arb/6	Jusos Hamburg	
2024/I/Arb/6 Überschuldung verhindern – Armutsfallen bekämpfen		
.....		17
2024/I/Arb/7	Jusos Hamburg	
2024/I/Arb/7 Vier-Tage-Woche-Pilotprojekt für Hamburg		
.....		19

Soz Soziales **20**

2024/I/Soz/1	Kreis Bergedorf	
2024/I/Soz/1 Verschärfte (Total-)Sanktionen im Bürgergeld zurücknehmen!		
.....		20
2024/I/Soz/2	Jusos Hamburg	
2024/I/Soz/2 Entschädigung Jugendleiter		
.....		22
2024/I/Soz/3	Jusos Hamburg	
2024/I/Soz/3 Migrationsberatung und Berufssprachkurse ausfinanzieren!		
.....		24

Bil Bildung / Ausbildung **25**

2024/I/Bil/1	Distrikt Ottensen	
2024/I/Bil/1 Lernen als individueller Prozess. Neue Formen der Leistungsbewertung für Hamburger Schulen entwickeln		
.....		25
2024/I/Bil/2	Distrikt Ottensen	
2024/I/Bil/2 Kostenloses Mittagessen für Hamburger Schüler*innen im Ganzttag – Gesundheit und soziale Teilhabe darf nicht am Geld scheitern		
.....		27
2024/I/Bil/3	Jusos Hamburg	
2024/I/Bil/3 Einrichtung einer Landesschulkommission		
.....		29

2024/I/Bil/4	Jusos Hamburg	
2024/I/Bil/4 Faire Verteilung von Tablets an Hamburger Schulen		
.....		31
2024/I/Bil/5	Jusos Hamburg	
2024/I/Bil/5 Schuler*innen ihre Rechte und Möglichkeiten vermitteln!		
.....		32
2024/I/Bil/6	Jusos Hamburg	
2024/I/Bil/6 Sprach- und Kulturmittlung (SKM) in Hamburger Schulen – Mehr Schein als Sein?		
.....		33
Ges Gesundheit		35
2024/I/Ges/1	Kreis Bergedorf	
2024/I/Ges/1 Psychosoziale Hilfe für Geflüchtete ausfinanzieren (Landesebene)		
.....		35
2024/I/Ges/2	Jusos Hamburg	
2024/I/Ges/2 Psychosoziale Hilfe für Geflüchtete ausfinanzieren!		
.....		36
2024/I/Ges/3	ASG Hamburg	
2024/I/Ges/3 Gesundheitsstandort Hamburg - Gesundheit neu denken		
.....		37
2024/I/Ges/4	Kreis Nord	
2024/I/Ges/4 Gesundheitskiosk		
.....		38
2024/I/Ges/5	Kreis Wandsbek	
2024/I/Ges/5 Zuckersteuer auf Softdrinks und weiteren Lebensmitteln		
.....		39
2024/I/Ges/6	Jusos Hamburg	
2024/I/Ges/6 Hodenkrebsvorsorge kostenlos!		
.....		41
2024/I/Ges/7	Jusos Hamburg	
2024/I/Ges/7 Suizid existiert, Aufklärung jetzt!		
.....		42

2024/I/Ges/8**SPD Frauen Hamburg**

2024/I/Ges/8 Klinische Geburtshilfe sichern!

. 43

Innen Inneres**44****2024/I/Innen/1****Jusos Hamburg**

2024/I/Innen/1 Ohnehin schon angespannte Einsätze nicht noch zusätzlich eskalieren – Taser-Pilotprojekt bei der Hamburger Polizei beenden!

. 44

2024/I/Innen/2**Kreis Bergedorf**

2024/I/Innen/2 Leben retten - keine Abschiebungen von Jesid*innen in den Irak!

. 45

2024/I/Innen/3**Jusos Hamburg**

2024/I/Innen/3 Den Verfassungsschutz in die Schranken weisen!

. 47

2024/I/Innen/4**Jusos Hamburg**

2024/I/Innen/4 Gewahrsam muss man sich leisten können – sofortige Rücknahme entsprechender Gebühren!

. 49

Recht Recht**51****2024/I/Recht/1****ASJ Hamburg**

2024/I/Recht/1 Besoldung der verbeamteten Geschäftsstellen der Gerichte und Staatsanwaltschaften

. 51

Teilh Gleichstellung / Teilhabe**52****2024/I/Teilh/1****SPD Frauen Hamburg**

2024/I/Teilh/1 Stadt Hamburg geht mit gutem Beispiel voran- Vergabepraxis ergänzen

. 52

Eur Europa	53
2024/I/Eur/1	Distrikt Langenhorn-Nord
2024/I/Eur/1 EIN einheitliches Zahlungsmittel im ÖPNV in der gesamten EU	
.....	53
2024/I/Eur/2	SPD Frauen
2024/I/Eur/2 EU-Entgelttransparenzrichtlinie jetzt umsetzen!	
.....	54
Kul Kultur	55
2024/I/Kul/1	Jusos Hamburg
2024/I/Kul/1 Kulturticket für Hamburgs Kinder	
.....	55
Wi/Steu Wirtschaft / Steuern	57
2024/I/Wi/Steu/1	Jusos Hamburg
2024/I/Wi/Steu/1 „Tax the rich - not the poor“ - Abschaffung der Gebühren bei Auszahlung des Arbeitslosengelds II/Bürgergeld und Kindergeld.	
.....	57
Bez Bezirke	58
2024/I/Bez/1	Landesvorstand
2024/I/Bez/1 Leitantrag: Hier für Hamburg – in den Bezirken und der ganzen Stadt	
.....	58
Org Organisation	63
2024/I/Org/1	SPD Frauen Hamburg
2024/I/Org/1 Ehrenamtliche Arbeit in der SPD unterstützen und effektiver machen	
.....	63
2024/I/Org/2	AfA
2024/I/Org/2 Sensibler Umgang mit Sponsoring	
.....	65
2024/I/Org/3	Distrikt Billstedt
2024/I/Org/3 Die sozialen Medien nicht den Rechten überlassen!	
.....	66

2024/I/Org/4

Jusos Hamburg

2024/I/Org/4 Wir müssen reden: Zu aktuellen und wichtigen Themen brauchen wir
Informationen

..... 68

AUSSEN Außenpolitik

70

2024/I/AUSSEN/1

Kreis Nord

2024/I/AUSSEN/1 Leben retten - keine Abschiebungen von Jesid*innen in den Irak

..... 70

Sport Sport

72

2024/I/Sport/1

Kreis Altona

2024/I/Sport/1 E-SPORTS-STANDORT HAMBURG

..... 72

Wis Wissenschaft

74

2024/I/Wis/1

Jusos Hamburg

2024/I/Wis/1 Für die Ausfinanzierung des Studierendenwerks

..... 74

Woh Wohnen / Stadtentwicklung

Antrag 2024/I/Woh/1

ASJ Hamburg

Der/Die Landesparteitag möge beschließen:

Beschäftigten wieder verstärkt günstigen Wohnraum in Hamburg schaffen

1 Der Landesparteitag möge beschließen:

2 Der Senat wird aufgefordert, seinen Beschäftigten wieder verstärkt günstigen Wohnraum in
3 Hamburg zu verschaffen (z.B. Dienstwohnungen).

4 Begründung

5 Die Lebenshaltungskosten – und insbesondere die Mietkosten – in einer Großstadt wie Ham-
6 burg sind deutlich höher als im Umland oder in kleineren Gemeinden. Während die Beschäf-
7 tigten im Öffentlichen Dienst in München eine Ballungsraumzulage und die Beschäftigten in
8 Berlin eine Hauptstadtzulage erhalten, gehen die Bediensteten in Hamburg leer aus. Mit ihrer
9 Forderung nach einer Stadtstaatenzulage haben sich die Gewerkschaften in den zurückliegen-
10 den Tarifverhandlungen – mit Ausnahme der vorgenannten Hauptstadtzulage – nicht durch-
11 setzen können.

12 Zahlreiche Beschäftigte insbesondere des Öffentlichen Dienstes können sich daher das Woh-
13 nen innerhalb der Stadtgrenzen nicht mehr leisten und ziehen ins Umland. Nach dem Umzug
14 kommt dann immer häufiger auch ein Arbeitsplatzwechsel in Wohnortnähe. Hamburg verliert
15 dadurch ausgebildetes Fachpersonal.

16 Diejenigen, die weiterhin nach Hamburg zur Arbeit pendeln, belasten hierdurch nicht nur die
17 Umwelt. Ihnen fehlt auch zunehmend der mentale Bezug zur Hansestadt. Deshalb ist es wich-
18 tig und im Ergebnis auch kostengünstiger, ausgebildete Beschäftigte hier zu halten statt immer
19 wieder neu ausbilden zu müssen.

20 Primär benötigen die Menschen, die für diese Stadt und ihre Bürgerinnen und Bürger arbeiten,
21 bezahlbaren Wohnraum. Im Jahr 2006 besaß Hamburg gerade einmal 700 Dienstwohnungen
22 (Bü-Drs. 18/5001). Diese Zahl ist seither nicht gestiegen. Außerhalb des öffentlichen Dienstes
23 ist es längst (wieder) normal geworden, mit Wohnungen um Mitarbeiter zu werben. So stellen
24 z.B. HASPA, HHA, Budnikowski und sogar das UKE ihren Mitarbeiter*innen bewusst Wohnun-
25 gen zur Verfügung, um diese nach Hamburg zu holen bzw. hier zu halten (siehe Aufmacher im
26 Hamburger Abendblatt vom 10./11.02.2024).

27 Die Tätigkeit der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter im öffentlichen Dienst ist essenziell für das
28 Funktionieren unseres Gemeinwesens. Bereits jetzt merken wir, dass der Staat seine unmittel-
29 baren Aufgaben immer schlechter wahrnehmen kann, weil Mitarbeiter*innen fehlen. Wir als

30 ASJ sind auf diesen Missstand gestoßen, als wir uns mit der Personalnot auf den Geschäfts-
31 stellen der Hamburger Gerichte und Staatsanwaltschaften auseinandergesetzt haben. Diese
32 Problematik beschränkt sich allerdings nicht auf die Justiz und gilt für alle Bereiche des öffent-
33 lichen Dienstes.

34 Gerade angesichts des bevorstehenden Ruhestands der Babyboomer-Generation ist es höchste
35 Zeit zu handeln. Günstiger Wohnraum für alle öffentlich Beschäftigten, insbesondere für die
36 unteren Einkommensgruppen bei den Gerichten, der Polizei oder Feuerwehr, ist unverzichtbar,
37 wenn Hamburg nicht abgehängt werden soll.

Antrag 2024/I/Woh/2**Distrikt Billstedt****Der/Die Landesparteitag möge beschließen:****Genehmigungsverfahren vereinfachen, mehr Wohnraum schaffen - Anpassung der Geschossflächenzahl (GFZ) an heutige Bedürfnisse**

1 Der Landesparteitag möge beschließen und an den Bundesparteitag weiterleiten, dass die Gültigkeit von § 20 der Baunutzungsverordnungen von 1962, 1966 und 1977 für obsolet erklärt werden und der aktuell gültige § 20 Baunutzungsverordnung als rechtskräftige Beurteilungsgrundlage benannt wird.

5 Begründung

6 Bei Aufstellung eines neuen Bebauungsplanes werden verschiedene Festsetzungen getätigt, bspw. Baugrenzen, die Grundflächenzahl (GRZ) und die Geschossflächenzahl (GFZ). Die GFZ bildet dabei im Planungsrecht eine wichtige Kenngröße zur Festsetzung und Bestimmung des Maßes der baulichen Nutzung, sprich Sie setzt fest, wieviel Quadratmeter Geschoßfläche je Quadratmeter Grundstücksfläche zulässig sind (vgl. § 20 Abs. 2 BauNVO von 2023). Sollte die zulässige GFZ überschritten werden ist mit Bauantragsstellung eine planungsrechtliche Befreiung nach § 31 Abs. 2 Baugesetzbuch (BauGB) zu beantragen. Die zuständige Bauaufsichtsbehörde muss nun prüfen, ob die Erteilung der planungsrechtlichen Befreiung zulässig ist. Dazu muss Sie u.a. prüfen, ob im dazugehörigen Bezugsraum, bspw. dem Baublock, genehmigte Vergleichsfälle vorhanden sind. Auch hängt es davon ab, welche Baunutzungsverordnung (BauNVO) zur Zeit der Aufstellung des jeweiligen Bebauungsplans in Kraft war, denn diese gilt auch heute noch. Dies hat massive Auswirkungen auf die Berechnung der GFZ. In den Baunutzungsverordnungen von 1962, 1966 und 1977 müssen die Aufenthaltsräume in Nicht-Vollgeschossen, bspw. Keller- und Dachgeschosse, mit einberechnet werden, in den Baunutzungsverordnungen ab 1990 dagegen nicht mehr. Dies hat zur Folge, dass ein baugleiches Wohnhaus auf einem Grundstück in einem Bebauungsplan mit der BauNVO von 1962 bis 1977 eine höhere GFZ aufweist als auf dem identischen Grundstück eines Bebauungsplans mit einer BauNVO ab 1990. Dies führt bei der BauNVO von 1962 bis 1977 oft zur Überschreitung der zulässigen GFZ, somit zu einer planungsrechtlichen Befreiung und dadurch zu mehr Zeitaufwand für die Prüfung durch die zuständige Bauaufsichtsbehörde. Ebenfalls kann die planungsrechtliche Befreiung negativ beschieden werden. Dies kann dazu führen, dass dringend benötigter Wohnraum nicht hergestellt werden kann. Ebenso steigen die Kosten, da jede planungsrechtliche Befreiung mit der Baugenehmigung bezahlt werden muss. Gerade in Zeiten von hohen Baukosten und dem Wunsch nach schnelleren und unkomplizierteren Genehmigungsverfahren zur Realisierung von günstigem Wohnraum sind die Vorschriften, die auf alten, längst überholten städtebaulichen Leitbildern basieren, nicht mehr tragbar. Daher muss den Bauaufsichtsbehörden

32 eine rechtssichere Anweisung oder Gesetzesänderung übermittelt werden, die den § 20 der
33 BauNVO von 1962 bis 1977 durch den aktuellen § 20 BauNVO als Berechnungsgrundlage er-
34 setzt.

Umw Umwelt / Energie**Antrag 2024/I/Umw/1****Distrikt AltonaNord-Sternschanze****Der/Die Landesparteitag möge beschließen:****Bekanntnis zum Kampf gegen den Klimawandel und für mehr Umweltschutz**

1 Der Landesparteitag möge beschließen: Jede*r Kandidat*in unserer Partei zur Bezirksversamm-
2 lung, zur Hamburgischen Bürgerschaft und zum Deutschen Bundestag wird aufgefordert das
3 Programm Fahrradstadt Hamburg nach allen Kräften zu unterstützen und umzusetzen. Er/Sie
4 wird aufgefordert auf die Benutzung des Autos zu verzichten und benutzt stattdessen Fahrrad,
5 Öffentliche Verkehrsmittel, Bike-Sharing oder geht zu Fuß, wenn dies organisatorisch sinnvoll
6 und wirtschaftlich vertretbar ist. Das bedeutet keinesfalls, dass die Kandidierenden grundsätz-
7 lich auf die Benutzung eines Autos verzichten müssen. Diese Erklärung ist grundsätzlich frei-
8 willig.

9 Begründung

10 Unsere Kandidaten*innen werden die Wähler*innen nur überzeugen, wenn sie glaubhaft ma-
11 chen können, dass sie sich tatsächlich und persönlich für Umweltschutz und gegen den Klima-
12 wandel einsetzen.

Antrag 2024/I/Umw/2**Jusos Hamburg****Der/Die Landesparteitag möge beschließen:****Unsere Zukunft: sozial gerecht und dekarbonisiert**

- 1 Der Landesparteitag der SPD Hamburg möge beschließen und an den SPD-Bundesparteitag
- 2 weiterleiten:
- 3 Die globale Klimaerhitzung, der damit verbundene Rückgang an Biodiversität und die schritt-
- 4 weise Vergiftung der Umwelt sind die größte Gefahr für das menschliche Überleben auf unse-
- 5 rem Planeten. Sie aufzuhalten ist die größte Herausforderung des 21. Jahrhunderts. Wir fordern,
- 6 dass diese Herausforderung endlich entsprechend angegangen wird.
- 7 Dafür braucht es, in unserer Art uns fortzubewegen, zu wirtschaften und zu konsumieren eine
- 8 Kehrtwende. Mit dieser werden weitreichende Konsequenzen für unser aller Leben und Arbei-
- 9 ten einhergehen. Wo Individuen dadurch Härten ausgesetzt sind, muss der Staat unterstüt-
- 10 zend eingreifen und die Härten abfedern. Die soziale Komponente muss bei jeder politischen
- 11 Entscheidung konsequent mitgedacht werden.
- 12 Wir fordern eine sozial-ökologische Transformation, der politisch höchste Priorität eingeräumt
- 13 wird. Dazu gehört auch, dass diejenigen zur Finanzierung der Transformation herangezogen
- 14 werden, die vom vorherrschenden System der Ausbeutung von Natur und Mensch über die
- 15 Maßen profitiert und immense Vermögen angehäuft haben.
- 16 Das für Deutschland vorgesehene Emissions-Budget im Pariser Klimaabkommen darf nicht
- 17 überschritten werden. Nach diesem obersten Ziel ist alle Gesetzgebung und auch deren Um-
- 18 setzung auszurichten. Das bedeutet auch, dass ambitionierte Regelungen, wie das 2019 be-
- 19 schlossene Klimaschutzgesetz, nicht rückgängig gemacht bzw. entschärft werden, sobald sich
- 20 herausstellt, dass die implementierten Mechanismen funktionieren.
- 21 Von politisch fehlgeleiteten Ambitionen, wie der Schuldenbremse muss Abstand genommen
- 22 werden. Sie ist ein selbstgezogener Fallstrick, der, uns daran hindert, real existierende, existen-
- 23 zielle Herausforderungen zu lösen.
- 24 Intergenerationelle Gerechtigkeit heißt nicht sparen in der Gegenwart, um kommenden Ge-
- 25 nerationen keine Schulden zu hinterlassen, sondern Investitionen in der Gegenwart für die Zu-
- 26 kunft tätigen, um für kommenden Generationen funktionierende Infrastruktur, gute Bildung
- 27 und soziale Absicherung zu ermöglichen!
- 28 Wir fordern alle Entscheidungsträger*innen zur Solidarität nicht nur mit den zukünftigen, son-
- 29 dern auch mit unserer Generation auf.

30 Denn auch unsere Generation hat, unabhängig davon, wo auf der Erde wir leben, das Recht, in
31 den nächsten Jahrzehnten sozial abgesichert, nicht durch immer heftigere Naturkatastrophen
32 bedroht und frei von Versorgungsnot zu leben.

33 Um dies sicherzustellen, haben wir uns der Verwirklichung der Sustainable Development
34 Goals (SDG) verschrieben. Wir sind davon überzeugt: Sozialpolitik ist Klimaschutz und Klima-
35 schutz ist Sozialpolitik. Alle SDG setzen immanent einen effektiven Klimaschutz voraus und
36 können deshalb nicht davon losgelöst betrachtet oder verwirklicht werden. Vor allem darf der
37 Klimaschutz aber auch nicht nur national, innerhalb der Grenzen des eigenen Landes betrach-
38 tet werden. Die Klimakatastrophe ist eine globale Katastrophe und muss als eine solche be-
39 kämpft werden. Insbesondere die Menschen im globalen Süden leiden unter den Folgen dieser
40 Katastrophe. Wir als Menschen, die im globalen Norden leben und die Hauptverantwortlichen
41 dieser Krise sind, müssen Verantwortung übernehmen und den globalen Süden vor den Folgen
42 der Klimakrise schützen. Das heißt, dass Entwicklungshilfen nicht gekürzt, sondern ausgewei-
43 tet werden sollten und wissenschaftliches Know-How weitergegeben wird.

44 Wir fordern folgende konkrete Maßnahmen:

45 Energiewende und Dekarbonisierung der Wirtschaft

46 1. Der Strommengenpfad in §4a EEG zur Erzeugung erneuerbarer Energien wird durch fol-
47 gende Maßnahmen sichergestellt:

48 • Der Ausbau von Windenergie-Anlagen an Land und auf See sowie der Photovoltaik-
49 Anlagen wird massiv vorangetrieben, um die gesetzten Erzeugungsziele für die jewei-
50 ligen Erzeugungsarten einzuhalten

51 • Die Forschung an und Entwicklung von Windenergie- und Photovoltaik-Anlagen wird in-
52 tensiviert. Dabei wird der Fokus auf der Ertragmaximierung zukünftiger Anlagen und
53 der Entwicklung neuer, möglichst umweltschonender Anlagen zur Vermeidung nachbar-
54 schaftlicher Interessenkonflikte liegen.

55 • Die Forschung an Stromspeichertechnologien wird intensiviert. Dabei werden nicht nur
56 in Kooperation mit internationalen Partnern, die auf geographisch dafür prädestiniert
57 sind (Schweden, Österreich, Norwegen etc.) konkrete Pläne für den Bau von Pumpspei-
58 cherkraftwerken gefasst. Andere Arten der Stromspeicherung, die auch in Deutschland
59 möglich sind, werden erforscht und Pilotprojekte vorangetrieben.

60 • Planungs- und Genehmigungsverfahren werden durch die Einführung von Geneh-
61 migungsfristen und die Beschränkung von Rechtsschutzmöglichkeiten innerhalb des
62 verfassungs- und europarechtlich Zulässigen beschleunigt.

63 1. Die Energiewende wird partizipativ gestaltet, indem:

64 • die Gründung von Energiegenossenschaften durch finanzielle Förderung und Absiche-
65 rung intensiviert wird

- 66 • der konsequente Ausbau von Produktionsstätten für grünen Wasserstoff sowie ein ent-
67 sprechendes Verteilungsnetz – zunächst für die Industrie, mittel und langfristig auch für
68 Privathaushalte – vorangetrieben wird, denn dies ist für die Transformation der Wirt-
69 schaft und das Gelingen der Wärmewende essentiell.
- 70 1. Der Netzausbau wird der Umstrukturierung der Energiegewinnung und des Verbrauchs
71 entsprechend ausgebaut:
- 72 • Insbesondere alle in Planung befindlichen Nord-Süd-Trassen werden bis 2030 fertigge-
73 stellt.
- 74 • Weiterhin wird das Netz zügig so umgebaut, dass leistungsstarke Trassen Verbrauchs-
75 zentren (Industriestandorten, urbanen Ballungsräumen) und Erzeugungsorte verbinden.
- 76 • Die Verteilnetze werden so verstärkt und ausgebaut, dass sie nicht durch eine kontinuier-
77 lich steigende Einspeisung von Strom aus Photovoltaikdachanlagen überfordert werden.
- 78 1. Eine erschwingliche Energieversorgung für Industrie und Private wird gesichert, indem
- 79 • der Preisbildungsmechanismus an den Strombörsen dahingehend geändert wird, das
80 nicht mehr der Markträumungspreis (Merit-Order) bestimmt ist, jedoch weiterhin An-
81 reize bestehen, Strom aus erneuerbaren Energien anzubieten und dieses Angebot aus-
82 zubauen,
- 83 • die Stromsteuer für Privathaushalte und Unternehmen abgeschafft wird,
- 84 • ein Brückenstrompreis für energieintensive Industrie- und Handwerksbetriebe einge-
85 führt wird. Dieser dient dazu, die Wirkung des kurzfristig zu erwartendem Anstieg des
86 Strompreises, abzufedern und setzt zugleich Anreize, den Energieverbrauch zu reduzie-
87 ren.
- 88 1. Die Vermeidung ungewollter internationaler Abhängigkeiten im Bereich der Energiever-
89 sorgung stellen wir sicher, in dem
- 90 • durch gezielte Förderpolitik die Produktion der nötigen Bauteile und Entwicklung der
91 Technologien nach Möglichkeit in Deutschland bzw. in die Europäische Union stattfin-
92 det.
- 93 • Die Netze auch über nationale Grenzen hinweg ausgebaut werden, sodass ein europäi-
94 sches Stromnetz entsteht, welches durch Produktions- und Speicherkapazitäten unter-
95 schiedlicher Art überall auf dem europäischen Kontinent europaweit die Stromversor-
96 gung gesichert ist.
- 97 Finanzierung
- 98 1. Um die angestrebten Maßnahmen zu finanzieren, werden folgende Maßnahmen ergrif-
99 fen

- 100 • Der Finanzierung der Energiewende wird im Haushalt herausragende Bedeutung bei-
101 gemessen.
- 102 • Die Schuldenbremse wird abgeschafft, um den Weg für die erforderlichen Investitionen
103 freizumachen.
- 104 • Klimaschädliche Subventionen werden ausnahmslos abgeschafft.
- 105 • Für den Erneuerbaren-Energien-Sektor wird vom grundsätzlichen Verbot staatlicher Bei-
106 hilfen (Art. 107 I AEUV) wird unter bestimmten Bedingungen eine Ausnahme vorgesehen.
- 107 • Wirksame einmalige und dauerhafte Vermögensabgaben mit und ohne Emissionsbezug,
108 um eine gerechte Verteilung der Kosten für die Transformation unserer Gesellschaft und
109 Wirtschaft zur Nachhaltigkeit zu erreichen.

110 Soziale und partizipative Gestaltung

- 111 1. Zur Abfederung der sozialen Härten der Transformation werden wird darüber hinaus:
 - 112 • Das bereits beschlossene Klimageld bereits 2024 und danach jährlich auszahlen. Dafür
113 sind die Einnahmen aus dem staatlichen CO2-Preis vollständig umzulegen.
 - 114 • Aus- und Weiterbildungsangebote sowie Umqualifizierungsmaßnahmen für Menschen
115 schaffen, die vorher in Sektor gearbeitet haben, der durch die Dekarbonisierung der Wirt-
116 schaft wegfällt.
 - 117 • Beratungsangebote für kleine und mittlere Unternehmen schaffen, die von der Transfor-
118 mation betroffen sind
 - 119 • Wege schaffen, die es Mitarbeitenden ermöglichen, Transformationsentscheidungen in
120 ihren Unternehmen zu beeinflussen.

121

122 Hohes Ambitionsniveau aufrecht erhalten

- 123 • Das im 2019 beschlossenen KSG vorgesehene Modell der Ressortverantwortlichkeiten
124 wird beibehalten.

Arb Arbeit**Antrag 2024/I/Arb/1****Kreis Wandsbek****Der/Die Landesparteitag möge beschließen:****Weniger als Mindestlohn ist nicht genug! - VHS Kursleitende finanziell und rechtlich besserstellen!**

- 1 Der Landesparteitag der SPD Hamburg möge beschließen:
- 2 Die SPD Hamburg fordert für alle Kursleitenden die mehr als 50 % ihres Einkommens bei der
- 3 VHS Hamburg erzielen, eine sozialversicherungspflichtige feste Beschäftigung.
- 4 Die SPD Hamburg unterstützt die VHS Kursleitenden und fordert den Senat auf, sich deren be-
- 5 rechtigten Forderungen zu eigenzumachen.
- 6 Die Kursleitenden fordern eine Besserstellung aller Kursleitenden, wie das in anderen Stadt-
- 7 staaten, wie Bremen und Berlin, bereits der Fall ist.
- 8 - Erhöhung der Honorare auf € 41,- pro Unterrichtseinheit,
- 9 - finanzieller Ausgleich für Mehraufwand (z.B. für Konferenzen, Fachtreffen, Fortbildungen),
- 10 - Zuschüsse zu den Sozialversicherungen,
- 11 - Honorarzahlung bei Krankheit,
- 12 - Einbeziehung in das Hamburger Personalvertretungsgesetz.

13 Begründung

- 14 Der SPD-geführte Hamburger Senat hat als erste Landesregierung den Mindestlohn von 12 Euro
- 15 eingeführt. Es gibt aber in der staatlich geförderten Erwachsenenbildung der Stadt wie z. B. in
- 16 der Hamburger Volkshochschule immer noch Bereiche in denen weniger als der Mindestlohn
- 17 gezahlt wird. Kursleitende erhalten zwar nach jahrelangem Ringen ein Honorar von € 31,27
- 18 pro Unterrichtseinheit von 45 Minuten, müssen aber von diesem Honorar sämtliche Sozialver-
- 19 sicherungen allein tragen. Das macht prozentual einen Satz von 38,65 % aus. Es gibt kein Ur-
- 20 laubsgeld, kein Ausfallhonorar bei Krankheit oder bei Kursausfall. Das heißt, das gesamte Risiko
- 21 tragen die Kursleitenden. Obendrein werden keine Vorbereitungs- und Nachbereitungszeiten
- 22 bezahlt. Nach Berechnungen der GEW bleibt ein Stundenlohn von € 9,76 – also kein Mindest-
- 23 lohn von € 12,-.
- 24 Die VHS sucht beständig neue Kursleitende und die Fluktuation am Arbeitsplatz VHS ist groß.
- 25 Hamburg muss dafür sorgen, dass die VHS in Zukunft ein attraktiver Auftraggeber mit fairen

26 Honoraren und guten Arbeitsbedingungen wird, damit die zum größten Teil hochqualifizier-
27 ten Arbeitskräfte nicht verloren gehen. Viele Kursleitende leisten für den Arbeitsmarkt gesell-
28 schaftlich relevante Arbeit z. B. bei der sprachlichen Integration von Geflüchteten und berufli-
29 che Fortbildungen.

30 Hamburg - Stadt der guten Arbeit – auch für die Kursleitenden der VHS!

Antrag 2024/I/Arb/2**AfA****Der/Die Landesparteitag möge beschließen:****Mehr Arbeitsschutz für Arbeitnehmende im Hamburger Einzelhandel**

- 1 Das Gesetz über den Ladenschluss in § 17 Arbeitszeit ist nach dem Beispiel des §12 des Thürin-
- 2 ger Ladenöffnungsgesetzes (ThürLadÖffG) zu Gunsten von Arbeitnehmenden zu überarbeiten.
- 3 Insbesondere ist das Recht auf mindestens zwei freie Samstage im Monat aufzunehmen.

4 Begründung

- 5 Die Arbeitszeiten im Einzelhandel sind oft eine Zumutung für die Beschäftigten. Insbesondere
- 6 die Samstagsarbeit bedeutet für Familien mit schulpflichtigen Kindern eine massive Einschrän-
- 7 kung und gleichsam einen hohen Organisationsbedarf. Es ist den Arbeitgebenden zuzumuten,
- 8 hier gerade Familien und Alleinerziehende mit schulpflichtigen Kindern besonders zu schützen.
- 9 Ein Beispiel für die beantragte Neuregelung findet sich in Thüringen als Besonderem Arbeit-
- 10 nehmerschutz gem. §12 ThürLadÖffG: "Arbeitnehmer in Verkaufsstellen dürfen mindestens an
- 11 zwei Samstagen in jedem Monat nicht beschäftigt werden." Weiter: "Bei der Häufigkeit (...) der
- 12 Beschäftigung an Sonn- und Feiertagen hat der Arbeitgeber die sozialen Belange der Beschäf-
- 13 tigten, insbesondere die Vereinbarkeit von Familie und Beruf, zu berücksichtigen."

Antrag 2024/I/Arb/3**Kreis Wandsbek****Der/Die Landesparteitag möge beschließen:****Reallöhne stärken, Mindestlohn erhöhen!**

1 Der Landesparteitag der SPD Hamburg möge zur Weiterleitung an den SPD Bundesparteitag
2 beschließen:

3 1. Der gesetzliche Mindestlohn soll zum Jahr 2025 auf 15 € erhöht werden. 2. § 9 Abs. 2 MiLoG
4 (Gesetz zur Regelung eines allgemeinen Mindestlohns) soll dahingehend ergänzt werden, dass
5 für Beschlüsse der Mindestlohnkommission stets der aktuelle Mindestlohn als Bemessungs-
6 grundlage dient. 3. Die Bundestagsfraktion wird gebeten zu prüfen, ob eine Indexierung des
7 Mindestlohns auch ohne Einschaltung der Mindestlohnkommission möglich ist.

8 Begründung

9 Die Einführung des Mindestlohns in Höhe von 8,50 € im Jahr 2015 war ein sozialpolitischer
10 Meilenstein. Er sicherte Arbeitnehmer*innen, die (meist ohne Tarifvertrag) im Niedriglohnsek-
11 tor arbeiten, einen gesetzlichen Mindeststandard zu.

12 Seit Einführung wurde der Mindestlohn – meist auf sozialdemokratisches Bestreben – immer
13 wieder erhöht, zuletzt im Oktober 2022 auf 12 €. Mit den stetigen Erhöhungen sollte das Lohn-
14 niveau an die Inflation angepasst werden.

15 Die Steigerung des Mindestlohns hat in den letzten Jahren jedoch nicht mit den Kostenstei-
16 gerungen und der allgemeinen Gewinnentwicklung von mittelständischen und großen Un-
17 ternehmen Schritt gehalten. Menschen, die nach Mindestlohn bezahlt werden, haben heute
18 faktisch deutlich weniger Geld in der Tasche!

19 Insbesondere der Umstand, dass sich einfache Konsumgüter in den letzten drei Jahren über-
20 proportional verteuert haben, macht sich bei vielen Menschen bemerkbar. Dabei war sich die
21 Bundesregierung bei Einführung durchaus bewusst, dass der Mindestlohn stetig angepasst
22 werden muss. Eine gewisse Inflationsrate ist volkswirtschaftlich schließlich erwünscht.

23 Deshalb wurde 2015 – bei Einführung des Mindestlohns – eine Mindestlohnkommission einge-
24 setzt. Sie unterbreitet Vorschläge zur Steigerung des Mindestlohns. So sollte der Mindestlohn
25 durch ein unabhängiges Gremium an das allgemeine Lohnniveau angepasst und ein Mindest-
26 schutz für Arbeitnehmer*innen sichergestellt werden. Diese Mindestlohnkommission schlug
27 im Frühjahr 2023 jedoch lediglich eine Anhebung des Mindestlohns um mickrige 41 Cent (3,4
28 %) vor.

29 Bei ihren Berechnungen bediente sich die Kommission eines Rechentricks. Als Bemessungs-
30 grundlage wurde nämlich der alte Mindestlohn iHv. 10,45 € genutzt; die Anhebung knüpfte
31 nicht an den damals aktuellen gesetzlichen Stundenlohn iHv. 12 € an. Dieser Trick erfolgte nicht
32 nur gegen die Stimmen von Arbeitnehmervertreter*innen in der Mindestlohnkommission, son-
33 dern auch auf dem Rücken von sechs Millionen Beschäftigten, die heute nach Mindestlohn ver-
34 gütet werden.

35 Die neueste Erhöhung um 3,4 % liegt deutlich unterhalb der Inflationsrate von 6,3 % in diesem
36 Zeitraum (Quelle: Statistischem Bundesamt). Das bedeutet: Der Reallohn von sechs Millionen
37 Arbeitnehmer*innen in Deutschland ist mit der Entscheidung der Kommission erheblich ge-
38 sunken!

39 Auch langfristig ist eine Erhöhung erforderlich. Anders als im öffentlichen Diskurs teilweise be-
40 hauptet, werden eben nicht nur Schüler*innen, Studierende und Berufsanfänger*innen nach
41 Mindestlohn bezahlt. Auch im Liefergewerbe, in der Lebensmittelbranche oder in der Gastro-
42 nomie werden die meisten Beschäftigten mit Mindestlohn vergütet.

43 Dass Arbeitnehmer*innen in einigen Branchen nicht nur zu Beginn ihres Berufslebens nach
44 Mindestlohn bezahlt werden, ist auch vor einem anderen Hintergrund problematisch: Bei ei-
45 nem langfristigen Lohn von unter circa 17 € sind voll Erwerbstätige statistisch gesehen nämlich
46 von Altersarmut gefährdet. Der Abstand zwischen dem im Schnitt während des Berufslebens
47 verdienten Lohns und diesen 17 € ist daher relevant. Je größer dieser Abstand ist und je länger
48 dieser andauert, desto höher ist nach Ende der Erwerbstätigkeit das Risiko für Altersarmut. Ein
49 höherer Mindestlohn trägt dazu bei, diese Lücke zu schließen.

Antrag 2024/I/Arb/4**Jusos Hamburg****Der/Die Landesparteitag möge beschließen:****Gerechte Tarifverträge für studentische Beschäftigte**

1 Der Landesparteitag möge zur Weiterleitung an den Senat und die SPD-Bürgerschaftsfraktion
2 beschließen: 1. Wir unterstützen die bundesweite Vernetzung der Initiative für studentische
3 Beschäftigte und den einzelnen Lokalgruppen an den Hochschulen der Freien und Hansestadt
4 Hamburg. 2. Wir schließen uns den Forderungen für einen Tarifvertrag für studentische Hilfs-
5 kräfte, wissenschaftliche Mitarbeiter*innen und Tutor*innen an allen Hamburgern Hochschu-
6 len an, in dem mindestens: a. die Entfristung von Arbeitsverträgen, b. die Einführung einer Min-
7 destvertragslaufzeit von 24 Monaten für studentische Beschäftigte, c. einen Stundenlohn i.H.v.
8 16,50 Euro ab dem 1. Jahr der Beschäftigung und d. die Einführung von gesetzlichen Mitbestim-
9 mungsrechten für studentische Beschäftigte umgesetzt werden. 3. Der Landesparteitag wird
10 vom Landesvorstand bis zum 31. August 2024 über den aktuellen Stand informiert.

11 Begründung

12 Die studentischen Beschäftigte leisten durch ihre Arbeit für den Wissenschaftsstandort Ham-
13 burg einen wichtigen Beitrag. Dennoch stellen jüngere Forschungsergebnisse fest, dass An-
14 liegen der Beschäftigten unzureichend beachtet werden und ihr Gehalt mit der allgemeinen
15 Preisentwicklung der Stadt nicht mithalten können. Für studentische Beschäftigte in der Han-
16 sestadt Hamburg gehören kurze Befristungsdauern zum Grundsatz. In über 70 Prozent der Fälle
17 betrugen die Vertragslaufzeiten für studentische Hilfskräfte an den Hamburger Universitäten
18 zwischen zwei bis sechs Monaten. Um eine finanzielle Absicherung zu gewährleisten, muss
19 das Arbeitsrecht von studentischen Beschäftigten gestärkt werden. Aktuell sind studentische
20 Hilfskräfte, wissenschaftliche Mitarbeiter*innen und Tutor*innen vom Tarifvertrag der Länder
21 ausgenommen. Um die Arbeitsbedingungen von studentischen Beschäftigten zu stärken, müs-
22 sen studentische Tarifverträge eingeführt werden.

Antrag 2024/I/Arb/5**Jusos Hamburg****Der/Die Landesparteitag möge beschließen:****Keine Streichungen bei der Agentur für Arbeit!**

- 1 Der Landesparteitag möge zur Weiterleitung an den Bundesparteitag beschließen: Der Etat
- 2 Bundesagentur für Arbeit wird im kommenden Haushaltsjahr nicht gekürzt, sondern entspre-
- 3 chend der Inflationsrate angepasst.

4 Begründung

- 5 Die Chefin der Bundesagentur für Arbeit, Andrea Nahles, beziffert die aus der derzeitigen
- 6 Haushaltsplanung folgenden Einschnitte für den Gesamtetat der Bundesagentur für Arbeit im
- 7 Haushaltsjahr 2024 auf 700 Millionen Euro. Die verbliebenen Mittel werden wohl vorrangig für
- 8 die Verwaltungskosten der BA und ihrer Jobcenter benötigt, sodass das Geld insbesondere im
- 9 Bereich der Hilfe für Betroffene fehlt. Das bedeutet, dass weniger Mittel insbesondere für die
- 10 qualitativ hochwertigen Maßnahmen gemeinnütziger Träger zur Verfügung stehen werden.
- 11 Diese und die das Angebot tragenden Strukturen drohen dadurch künftig dauerhaft verloren
- 12 zu gehen. Die Mittelkürzung ist insbesondere in Anbetracht der Inflation der vergangenen zwei
- 13 Jahre, der Steigerung der Berechtigtenzahlen seit Mai 2022 um mehr als 600 000 Menschen
- 14 sowie der im Koalitionsvertrag und unserer Parteiprogrammatik formulierten Besserstellung
- 15 armer, von Armut bedrohter und/oder marginalisierten Gruppen angehörender Menschen ab-
- 16 surd.

Antrag 2024/I/Arb/6**Jusos Hamburg****Der/Die Landesparteitag möge beschließen:****Überschuldung verhindern – Armutsfallen bekämpfen**

- 1 Der Landesparteitag der SPD Hamburg möge beschließen und an den SPD Bundesparteitag
2 weiterleiten: Die SPD Bundestagsfraktion wird dazu aufgefordert:

- 3 1. Ein mit dem Kurzarbeitergeld vergleichbares Instrument zur Absicherung von nicht versi-
4 cherungspflichtig Beschäftigten zu schaffen, 2. die Institutionalisierung der Beratungsangebo-
5 te für Selbstständige voranzutreiben und 3. sich für eine öffentlichkeitswirksame Kampagne
6 des Bundesministeriums für Umwelt, Naturschutz, nukleare Sicherheit und Verbraucherschutz
7 (BMUV) zur Arbeit der Schuldnerberatungsstellen einzusetzen.

8 Begründung

9 Knapp sieben Mio. Menschen in Deutschland gelten als überschuldet. Somit ist jeder zehnte
10 Erwachsene Mensch betroffen. Überschuldung bedeutet nach dem Armuts- und Reichtumsbe-
11 richt der Bundesregierung, dass Einkommen und Vermögen über einen längeren Zeitraum trotz
12 Reduzierung des Lebensstandards nicht ausreichen, um fällige Forderungen zu begleichen.
13 Durch die Auswirkungen von Corona und des andauernden Angriffskrieges Russlands gegen
14 die Ukraine rutschen immer mehr Menschen in die Überschuldung. Die verbreitete Wahrneh-
15 mung von Überschuldung ist, dass es sich um eine private Angelegenheit handelt. Betroffenen
16 wird eine persönliche Schuld zugewiesen. Oft leiden überschuldete Menschen unter ihrer Si-
17 tuation, was zu psychischem Stress, Krankheit, und weniger sozialer Teilhabe führt. Studien (iff-
18 Überschuldungsreport 2019; FES, Private Überschuldung in Deutschland 2021) belegen, dass
19 weniger als 20 Prozent der Fälle von Überschuldung auf sogenanntes „vermeidbares Verhalten“
20 – wie Konsumverhalten und Haushaltsführung – zurückzuführen ist. Vielmehr bringen exter-
21 ne Faktoren wie Arbeitslosigkeit, Scheidung oder Trennung, Krankheit, und Einkommensarmut
22 Menschen in die Überschuldung. Absicherung für nicht versicherungspflichtig Beschäftigte
23 Von finanziellen Einbußen und drohender Überschuldung besonders betroffen sind prekär
24 Beschäftigte, Selbstständige und Menschen in Ausbildung. Kurzarbeitergeld ist ein wirksa-
25 mes Instrument, krisenbedingte Armut abzufedern und Überschuldung vorzubeugen. Analog
26 zum Kurzarbeitergeld fordern wir ein Absicherungsinstrument über die versicherungspflich-
27 tige Beschäftigung hinaus für Minijober*innen und prekär Beschäftigte. Beratungsangebote
28 für Selbstständige Starke Einkommenseinbußen haben auch Solo-Selbstständige schwer be-
29 lastet. Davon besonders betroffen sind solo-selbstständige Frauen, die zu einem Drittel we-
30 niger als 1.500 Euro netto im Monat verdienen (Hans-Böckler-Stiftung, Selbstständige in
31 der Corona-Krise 2021). Das von der öffentlichen Hand finanzierte Angebot an Schuldner-

32 und Insolvenzberatungsstellen für abhängig Beschäftigte Menschen soll daher auf Solo-
33 Selbstständige oder Inhaber*innen von Kleinstunternehmen, die vor Schulden- und Überschul-
34 dungsproblemen stehen, erweitert werden. Kampagne für Aufmerksamkeit Schuldnerbera-
35 tungsstellen sind nach wie vor kaum bekannt und werden nicht als Unterstützungsinstru-
36 ment wahrgenommen. Gerade zu Beginn einer potenziellen Überschuldungssituation ist ei-
37 ne Schuldnerberatung jedoch wirksam. Die neue ministerielle Zuständigkeit durch das BMUV
38 muss genutzt werden, um auf die Arbeit der Schuldnerberatungsstellen durch eine öffentlich-
39 keitswirksame Kampagne aufmerksam zu machen.

Antrag 2024/I/Arb/7**Jusos Hamburg****Der/Die Landesparteitag möge beschließen:****Vier-Tage-Woche-Pilotprojekt für Hamburg**

1 Der Landesparteitag der SPD Hamburg möge zur Weiterleitung an die SPD-
2 Bürgerschaftsfraktion beschließen: Die SPD-Bürgerschaftsfraktion setzt sich für die Durchfüh-
3 rung eines Vier-Tage-Woche-Pilotprojekts (25-30-Stunden in der Woche) bei gleichbleibendem
4 Lohn- und Personalausgleich ein. Ferner sollen an diesem Projekt große, mittelständische
5 Unternehmen sowie Start-Ups gleichermaßen berücksichtigt werden, um einen diversen
6 Teilnehmer*innenpool zu bewerkstelligen. Das Pilotprojekt soll mindestens ein Jahr lang
7 durchgeführt werden und die teilnehmenden Unternehmen sollen eine angemessene
8 Bezuschussung bekommen.

9 Begründung

10 Eine breit angelegte Studie in Großbritannien, an der 61 britische Unternehmen teilgenommen
11 haben, sorgt im Diskurs zur Arbeitswelt der Zukunft für Schlagzeilen. Weniger Fehlzeiten, bes-
12 sere Gesundheit, höhere Produktivität. Das sind die Ergebnisse der Studie, an der rund 2900
13 Mitarbeiterinnen teilnahmen und bei der 56 der Unternehmen bereits verkündet haben, sie
14 führen die Vier-Tage-Woche weiter fort. Die SPD hat bereits erkannt, dass Modelle wie die 25-
15 oder 30-Stunden-Woche zukunftssträchtig sind, zumal sich unter anderem immer mehr Men-
16 schen mit psychischen Krankheiten konfrontiert sehen. Ein solches Pilotprojekt bietet nicht nur
17 für die Stadt Hamburg, auch über die Laufzeit des Projektes hinaus, die Chance sich als inno-
18 vativer Wirtschaftsstandort der Zukunft zu präsentieren, so können auch unsere Ideen in die
19 Praxis umgesetzt werden.

Soz Soziales**Antrag 2024/I/Soz/1****Kreis Bergedorf****Der/Die Landesparteitag möge beschließen:****Verschärfte (Total-)Sanktionen im Bürgergeld zurücknehmen!**

- 1 Der Landesparteitag der SPD Hamburg möge beschließen und anschließend an den Bundespar-
- 2 teitag der SPD weiterleiten: Die Mitglieder der SPD-Bundestagsfraktion, die Sozialdemokrat*in-
- 3 nen im Senat der Freien und Hansestadt Hamburg werden aufgefordert, sich dafür einzuset-
- 4 zen, dass die Anfang Januar vom Bundeskabinett und möglicherweise durch weitere Instanzen
- 5 beschlossenen schärferen "Totalsanktionen" im Bürgergeld zurückgenommen werden.

6 Begründung

- 7 Während wir trotz des demografischen Wandels Beschäftigungsquoten auf Rekordniveau er-
- 8 leben, wurden in der zweiten Januarwoche Totalsanktionen im Bürgergeld vom Kabinett be-
- 9 schlossen und könnten bereits zum 2. Februar Gesetz werden. Wer "zumutbare" Jobs aus-
- 10 schlägt, kann demnach durch die Agentur für Arbeit zwei Monate lang das Bürgergeld kom-
- 11 plett gestrichen bekommen, allein Wohn- und Heizkosten bleiben verschont. Diese Sanktion
- 12 ist schärfer als Sanktionen im alten Hartz-IV-System. Dass mit den Sanktionen, die versproche-
- 13 nen 170 Mio. € gespart werden könnten, ist zumindest fraglich. Von den 3,9 Millionen erwerbs-
- 14 fähigen Bürgergeld-Empfängern wurden lediglich 23.400 Personen überhaupt mit Sanktionen
- 15 wegen mangelhafter Mitwirkung belegt - also gerade einmal 0,6 Prozent! Dieser verschwin-
- 16 dend geringe Anteil ist kein Beleg für ein gescheitertes Bürgergeld, sondern zeigt, welches ab-
- 17 surd verdrehte Bild Medien und Politik seit Jahrzehnten von angeblich faulen erwerbslosen
- 18 Personen zeichnen. Es scheint also nicht einmal darum zu gehen, auf Kosten der Ärmsten den
- 19 Haushalt zu sanieren, sondern um Symbolpolitik, mit der neoliberale Kräfte in der Parteien-
- 20 landschaft und den Medien befriedet werden sollen. Nicht die 0,6 Prozent lassen das Bürger-
- 21 geld scheitern, sondern das Aufgeben eines sozialdemokratischen Anspruchs in der Sozialpo-
- 22 litik und ein Gesetz selbst, dass Bürgergeldempfänger*innen unter den Generalverdacht der
- 23 Faulheit stellt. Menschen, die "sich willentlich weigern", vermeintlich gute Jobs anzunehmen,
- 24 wird der Wille gebrochen. Ihnen wird jegliche Verhandlungsposition genommen, sie werden in
- 25 häufig schlecht bezahlte Jobs oder in die Existenznot gedrängt, während der Niedriglohnsektor
- 26 weiter gefüttert wird. Belege, dass Sanktionen nachhaltige positive Effekte auf die Integration
- 27 in den Arbeitsmarkt hätten, gibt es nicht. Zu dem Schluss kommt auch ein Forschungsbericht
- 28 des Instituts für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung (Die Forschungseinrichtung der Bundes-
- 29 agentur für Arbeit) zu Sanktionen aus dem November 2022. Negativfolgen von Sanktionen sind
- 30 hingegen schon lange bekannt, wie ebenfalls aus dem Bericht hervorgeht. "Wir werden statt
- 31 Hartz IV ein unkompliziertes Bürgergeld einführen, das konsequent auf Hilfe und Ermutigung

32 statt auf Sanktionen setzt“, verkündete unser sonst sehr geschätzter Arbeitsminister bei Regie-
33 rungsantritt der Ampel noch hoffnungsfroh. Unser sozialdemokratischer Anspruch muss sein,
34 dafür zu sorgen, dass Arbeit sich wieder lohnt. Das bedeutet: Tarifbindung im großen Stil stär-
35 ken, Mindestlohn anheben. Haushaltslöcher können wir aber auch grundsätzlich nicht stop-
36 fen, indem wir uns ein paar Millionen von den Ärmsten holen, während schätzungsweise 100
37 Milliarden Euro jährlich von Großkonzernen und Reichen an Steuer ertrickst und hinterzogen
38 werden. Lasst uns ehrlich für echte Lösungen kämpfen statt Symbolpolitik zu machen.

Antrag 2024/I/Soz/2**Jusos Hamburg****Der/Die Landesparteitag möge beschließen:****Entschädigung Jugendleiter**

1 Der Landesparteitag der SPD Hamburg möge beschließen: Die SPD-Bürgerschaftsfraktion und
2 die sozialdemokratischen Mitglieder des Senats werden aufgefordert eine angemessene fi-
3 nanzielle Entschädigung für ehrenamtlich in der Jugendhilfe tätige Jugendleiter*innen, die im
4 Besitz einer gültigen Jugendleiter*inc-Card (Juleica) sind, einzuführen (mindestens 300 € pro
5 Jahr). Diese Entschädigung darf nicht zu Lasten der Jugendverbände fallen.

6 Begründung

7 Es unbestreitbar, dass ehrenamtliches Engagement ein zentrales Fundament unserer Gesell-
8 schaft ist. Vor allem die Jugendarbeit ist ein wichtiger Baustein der sozialen Integration von
9 Kindern und Jugendlichen. Sie trägt entscheidend zur Wertebildung junger Menschen bei. Als
10 ein geschützter Ort mit den Prinzipien der Freiwilligkeit, Partizipation und Selbstorganisati-
11 on schafft die Jugendarbeit für viele junge Menschen eine Gemeinschaft. Die Kinder und Ju-
12 gendlichen erlernen dort die Kompetenzen für eine soziale, kulturelle und politische Teilhabe.
13 Jugendarbeit ist daher unerlässlich für eine gute Demokratieerziehung und mündige jungen
14 Menschen in unserer Gesellschaft.

15 Es ist offenkundig, dass die Jugendarbeit mit den Jugendleiter*innen steht und fällt. Sich in
16 der Jugendarbeit zu engagieren kostet allerdings nicht nur Zeit, sondern auch Geld. So müssen
17 ehrenamtliche Jugendleiter*innen ihre Aus- und Fortbildungen, ihre persönliche Ausstattung
18 und die Freizeiten, an denen sie teilnehmen, meist selbst finanzieren. Gerade für Schüler*in-
19 nen, Auszubildende oder Studierende ohne große Einkommensmöglichkeiten ist dies beson-
20 ders schwierig. 2019 waren in Hamburg 8.600 Ehrenamtliche in der Jugendarbeit aktiv. 70 %
21 von ihnen sind noch Schüler*innen oder im Studierendentalter (minderjährig bis 27 Jahre). Eine
22 Finanzierung des eigenen Engagements stellt sehr viele immer wieder vor finanzielle Heraus-
23 forderungen. Eine Entschädigung für ehrenamtliche Jugendleiter*innen wäre daher nicht nur
24 Anerkennung für ihre wertvolle Arbeit, sie wäre auch notwendig, um dieses Engagement nach-
25 haltig zu sichern und die Ausgaben junger Engagierter für ihr Ehrenamt auszugleichen.

26 Bereits viele Landkreise in Deutschland haben so eine Entschädigung eingeführt. Der Kreis Se-
27 geberg in Schleswig-Holstein zahlt seinen ehrenamtlichen Jugendleiter*innen 180 € pro Jahr.
28 Die Stadt Norderstedt sogar 400 € pro Jahr. Bei der Entschädigung für ehrenamtliche Jugend-
29 leiter*innen geht es in erster Linie nicht darum einen neuen Anreiz für mehr Engagement zu
30 schaffen, sondern für unbezahlte Arbeit veranlasste Ausgaben auszugleichen. Eine moderne

- 31 und soziale Stadt wie Hamburg sollte sich diese Anerkennung für ehrenamtliche Jugendlei-
32 ter*innen leisten.

Antrag 2024/I/Soz/3**Jusos Hamburg****Der/Die Landesparteitag möge beschließen:****Migrationsberatung und Berufssprachkurse ausfinanzieren!**

- 1 Der Landesparteitag der SPD Hamburg möge beschließen und an den Bundesparteitag weiter-
2 leiten: Die SPD-Bundestagsfraktion sowie die sozialdemokratischen Mitglieder der Bundesre-
3 gierung werden aufgefordert, sich gegen eine Reduktion der Mittel für die Migrationsberatung
4 und die Durchführung von Berufssprachkursen einzusetzen. Vielmehr müssen diese Mittel ent-
5 sprechend der steigenden Nachfrage und des größeren Berechtigtenkreises erhöht werden.

6 Begründung

- 7 In diesem Jahr wurde die Zielgruppe der Berechtigten zur Inanspruchnahme von Berufssprach-
8 kursen auf alle Geflüchteten aus der Ukraine, alle Asylbewerber*innen und Menschen, die nach
9 dem jüngst beschlossenen Fachkräfteeinwanderungsgesetz nach Deutschland kommen, er-
10 weitert. Dadurch vergrößert sich der Kreis der Anspruchsberechtigten auf einen Schlag massiv.
11 Das begrüßen wir ausdrücklich, da Sprachkenntnisse einer der wichtigsten Schlüssel zur Teil-
12 habe in unserer Gesellschaft sind. Damit dieses Angebot aber auch von allen Berechtigten und
13 Interessierten wahrgenommen werden kann, muss es ausreichend finanziert werden. Die im
14 Haushaltsentwurf geplante Mittelkürzung um fast 30 % (von 81 auf 57 Millionen Euro) ist daher
15 geradezu absurd und darf den Bundestag so nicht passieren.

Bil Bildung / Ausbildung**Antrag 2024/I/Bil/1****Distrikt Ottensen****Der/Die Landesparteitag möge beschließen:****Lernen als individueller Prozess. Neue Formen der Leistungsbewertung für Hamburger Schulen entwickeln**

1 Der Landesparteitag möge beschließen: Die Bürgerschaftsfraktion wird aufgefordert, den Se-
2 nat einen Prüfauftrag zu erteilen, der das derzeitige System der Notenvergabe und Leistungs-
3 bewertung untersucht und Möglichkeiten zur Reformierung vorstellt.

4 Begründung

5 Unser Bildungssystem stützt sich in großem Umfang auf Noten und Ziffernzeugnisse als Form
6 der Leistungsbewertung. Die Wirksamkeit und Vergleichbarkeit von Noten sind umstritten. Die
7 Diskussion ist nicht neu und bereits heute lernen Schüler*innen erfolgreich mit alternativen
8 Leistungsbeurteilungen z.B. an der Max-Brauer-Schule in Altona. Expert*innen führen unter-
9 schiedliche Argumente an, warum die Leistungsbewertung an Schulen zu reformieren sei:

10 *Individuellen Lernzuwachs vergleichen* - Eine Lerngruppe ist eine zufällig zusammengewürfelte
11 Gruppe von Schüler*innen die im gleichen Alter sind und am gleichen Wohnort zur Schule ge-
12 hen. In der persönlichen Entwicklung sind sie aber ganz unterschiedlich und diese verläuft viel
13 individueller. Daher ist eine Form der Vergleichbarkeit mit Noten in der Lerngruppe nicht mach-
14 bar. Die Bewertung für eine erbrachte Leistung kann bei einem anderen Lehrer, in einer anderen
15 Lerngruppe oder an einer anderen Schule zu ganz anderen Noten führen. Noten machen das
16 Falsche vergleichbar.

17 *Interesse und Neugierde der Kinder fördern* - Kinder wollen Lernen und sind von Natur aus neu-
18 gierig. Mit Eintritt in die Schule erleben sie die steige Bewertung und Beurteilung ihres Lernens.
19 Noten machen die natürliche Lernmotivation der Kinder kaputt. Das Lernen dreht sich dann
20 ausschließlich um das Erreichen guter Noten, nicht aber mehr um ein Interesse am Lerninhalt.
21 Studien zeigen, dass schlechte Noten zu Stress und Demotivation führen.

22 *Individuelle Lernprozesse begleiten* – Schriftliche Arbeiten zu einem Thema sind Momentauf-
23 nahmen. Ausgehend von der Annahme, dass alle Menschen unterschiedlich schnell und gut
24 lernen, bedeutet dies: Zu dem Zeitpunkt der Arbeit ist das eine Kind schon seit Wochen „fertig“
25 und könnte schon längst beim nächsten Thema sein, das andere bräuchte vielleicht noch drei
26 Wochen, um den Inhalt zu verstehen. Die Arbeit beendet aber das Thema und damit auch das
27 Lernen der Schüler*innen. Individuelle Lernprozesse brauchen andere Formate der Lernstands-
28 erhebung.

29 Noten geben daher nur einen begrenzten Einblick in die tatsächlichen Fähigkeiten und die Lern-
30 entwicklung eines Kindes. Wir müssen uns die Frage stellen, ob unser aktuelles Notenverga-
31 besystem immer noch den Anforderungen der modernen Gesellschaft entspricht. Schon jetzt
32 wird aus der Wirtschaft die Forderung laut, dass sich die Leistungsbeurteilung viel mehr auch
33 an Kompetenzen orientieren soll. Viel zu oft können Unternehmen mit den Ziffernzeugnissen
34 nicht viel anfangen.

35 Der Prüfauftrag soll folgende Punkte berücksichtigen:

- 36 • Untersuchung der Auswirkungen des aktuellen der Notenvergabe und Leistungsbewer-
37 tung auf die Lernmotivation und das Wohlbefinden der Schüler*innen.
- 38 • Untersuchung von alternativen Formen der Leistungsbewertung an Schulen bei der die
39 Rückmeldung ohne Noten gelingt und die individuellen Lernentwicklung im Fokus steht.
- 40 • Bewertung der Machbarkeit und der potenziellen Vorteile und Nachteile von Alternati-
41 ven im Vergleich zum aktuellen System.
- 42 • Erstellung eines Konzepts zur schrittweisen Implementierung einer ausgewählten Me-
43 thode zur Leistungsbeurteilung, sollte eine Alternative als vorzuziehend erachtet wer-
44 den.

45 Der Antrag soll sicherstellen, dass unser Bildungssystem den Bedürfnissen unserer Schüler*in-
46 nen gerecht wird und sie bestmöglich auf die Anforderungen des 21. Jahrhunderts vorbereitet.

Antrag 2024/I/Bil/2**Distrikt Ottensen****Der/Die Landesparteitag möge beschließen:****Kostenloses Mittagessen für Hamburger Schüler*innen im Ganzttag – Gesundheit und soziale Teilhabe darf nicht am Geld scheitern**

- 1 Der Landesparteitag möge zur anschließenden Weiterleitung an den Senat beschließen: Der
- 2 Hamburger Senat schafft die gesetzliche Grundlage für ein kostenloses, warmes Mittagessen
- 3 für alle Schüler*innen an den allgemeinbildenden Schulen.

4 Begründung

- 5 Das Mittagessen in Schulen und Kitas ist für viele Kinder die einzige warme Mahlzeit am Tag.
- 6 Gleichzeitig ist es sozialer Treffpunkt und ein Ort der gesellschaftlichen Teilhabe. Kinder ge-
- 7 hen gemeinsam in die Mensa, tauschen sich aus und sind im Kontakt. Studien zeigen, dass
- 8 gutes und kostenloses Schulessen einen positiven Einfluss auf die Gesundheit der Kinder hat.
- 9 Gerade beim Thema „Gesundes Essen“ geht es darum, den Schüler*innen ein Vorbild zu lie-
- 10 fern. Das prägt viel stärker als eine Unterrichtseinheit über Essen oder ein Schulfach ‚Ernäh-
- 11 rung‘. Doch gutes Essen kostet Geld. Zu viele Erziehungsberechtigte können oder wollen das
- 12 entsprechende Essensgeld nicht aufbringen – Tendenz steigend. Eine Tendenz, die besonders
- 13 an weiterführenden Schulen zu beobachten ist. Ein Grund liegt in den Kosten für das Mittag-
- 14 essen an Schulen. Zurzeit liegt der Kostenrahmen bei 4,15 € pro Mittagessen. Für Kinder aus
- 15 Familien, die Empfänger von Leistungen sind, wird das Mittagessen in Schulkantinen bereits
- 16 übernommen. Besonders groß ist der Druck aber auf Familien, die so gerade eben nicht mehr
- 17 von Leistungen leben, aber weiterhin noch bedürftig sind. Insbesondere auch, weil die Familien
- 18 durch die enormen Preissteigerungen, auch ausgelöst durch die Inflation, finanziell stark un-
- 19 ter Druck stehen. Hier schlägt ein regelmäßiges Essen in der Schule – besonders mit mehreren
- 20 Kindern - deutlich zu buche. So zahlt eine Familie mit zwei Kindern im Monat über 160€, wenn
- 21 die Kinder täglich am Mittagessen in der Schule teilnehmen. Dies führt in vielen Fällen dazu,
- 22 dass Schüler*innen nicht am Mittagessen teilnehmen. Eine Entwicklung, die auch mit Blick auf
- 23 die Wirtschaftlichkeit der Schulcaterer kritisch zu beobachten ist. In anderen europäischen Län-
- 24 dern wird deutlich, wie gut kostenfreies Schulessen für alle Schüler*innen funktioniert. Länder
- 25 wie Finnland oder Schweden gleichen durch den kostenfreien Zugang zu einem täglichen war-
- 26 men Mittagessen die sozialen Unterschiede in diesem Bereich erfolgreich aus. Auch Hamburg
- 27 hat Maßnahmen ergriffen. In Kitas ist das Essen unabhängig vom Umfang der Betreuung vom
- 28 Kitagutschein abgedeckt. In der Grundschule gibt es immerhin die Möglichkeit von vergünstig-
- 29 ten Tarifen für Familien mit kostenpflichtig betreuten Geschwisterkindern. Eine Regelung die

30 an der weiterführenden Schule entfällt. Eine einheitliche Regelung für den gesamten öffent-
31 lichen Bildungsbereich von der Kita bis zum Abitur erhöht die Gesundheit, Chancengleichheit
32 und Teilhabe aller Hamburger Schüler*innen.

Antrag 2024/I/Bil/3**Jusos Hamburg****Der/Die Landesparteitag möge beschließen:****Einrichtung einer Landesschulkommission**

1 Der Landesparteitag der SPD Hamburg möge beschließen: Die SPD-Fraktion der Hamburgi-
2 schen Bürgerschaft und die sozialdemokratischen Mitglieder des Senats setzen sich dafür ein,
3 dass ein gesetzlich legitimiertes, behördeninternes Entscheidungsgremium (Landesschulkom-
4 mission) innerhalb der für Schulbildung zuständigen Behörde (BSB) eingerichtet wird. Die Lan-
5 desschulkommission soll „Entscheidungen von grundsätzlicher Bedeutung“, gem. § 79 Abs. 2
6 HmbSG, deren Entscheidung im Kompetenzbereich der BSB liegen, treffen. Einzig die Präsidial-
7 abteilung der BSB soll diese einberufen und Entwürfe für entsprechende schulpolitische Maß-
8 nahmen einbringen können. Die Landesschulkommission soll diesen Entwürfen ausschließ-
9 lich zustimmen oder diese ablehnen können. In ihr vertreten sein sollen die Präsidialabteilung
10 der BSB mit vier Stimmen, die Kammern von Schüler*innen, Lehrkräften und Eltern mit je drei
11 Stimmen, die staatlichen Hochschulen und Universitäten, welche jeweils durch gemeinsame
12 Abstimmung untereinander eine Person delegieren, mit je einer Stimme, die Handelskammer
13 mit einer Stimme, sowie die Handwerkskammer mit einer Stimme. Nach Einrichtung der Lan-
14 desschulkommission sind eine Abschaffung des Landesschulbeirates wegen eventueller Red-
15 undanz und das Hinzuziehen darin beteiligter Gremien als beratende Mitglieder der Landes-
16 schulkommission zu prüfen.

17 Begründung

18 Die öffentliche Auseinandersetzung im Rahmen der Ratifizierung der neuen Bildungspläne im
19 vergangenen Jahr zeigt eine grundsätzliche Problematik in der Art und Weise auf, wie „Ent-
20 scheidungen von grundsätzlicher Bedeutung“ im schulischen Kontext in Hamburg beschlos-
21 sen werden. Es ist merklich, dass der Senat und die Behörde für Schule und Berufsbildung ein
22 ehrliches und starkes Interesse daran hatten, andere schulpolitische Akteure, die von den Än-
23 derungen betroffen sind, einzubinden und einen konstruktiven Diskurs zu führen. Dennoch ist
24 der Diskurs stark medial eskaliert, und war bald an einem Punkt angelangt, an dem keiner der
25 Akteure ihn ferner als konstruktiv hätte bezeichnen können. Grund hierfür ist die mangeln-
26 de Rechtssicherheit der schulpolitischen Akteure bezüglich der Frage, inwiefern ihre Expertise
27 und Perspektive in schulpolitische Maßnahmen einfließen. Dies hatte das Ergebnis, dass diese
28 Akteure, aus der Befürchtung heraus, ansonsten nicht gehört zu werden, ihre Anliegen mög-
29 lichst wortstark zu vertreten suchten, mit dem Ziel, diese mangelnde Rechtssicherheit durch
30 politischen Druck auszugleichen. Hier lässt sich ein grundsätzliches Muster erkennen, da Bil-
31 dungspolitik in der Hansestadt seit jeher sehr heiß diskutiert wird und dieser Diskurs in den

32 seltensten Fällen konstruktiv geführt wird. Dieser Umstand geht gleichermaßen zu Kosten al-
33 ler an Schulpolitik Beteiligter, da der Inhalt schulpolitischer Entscheidungen an einem wenig
34 konstruktiven Diskurs Schaden nimmt, umgekehrt würde die Expertise und Perspektive sich
35 verstärkt in den schulpolitischen Maßnahmen wiederfinden, was zu einer Qualitätssteigerung
36 führen würde. Zum anderen schädigen die öffentlichen Anfeindungen in der Presse das Image
37 schulpolitischer Akteure- insbesondere der BSB und des Senates - und sozialdemokratischer
38 Schulpolitik im Allgemeinen. Gelingt es künftig, dem um die Bildungspläne ähnliche Diskurse
39 zu deeskalieren, werden die Entscheidungen der Behörde eher durch die Hamburger Schulland-
40 schaft mitgetragen, ebenso wird sozialdemokratische Schulpolitik durch die wählende Bevöl-
41 kerung weit positiver wahrgenommen. Genauso gibt es weniger Angriffspunkte für die parla-
42 mentarische Opposition, weil die schulpolitischen Maßnahmen demokratisch durch die Schul-
43 beteiligten legitimiert sind. Um dies zu erreichen und dem aktuell bestehenden Missstand Ab-
44 hilfe zu schaffen, ist es dringend erforderlich, Rechtssicherheit zu schaffen, welche den schul-
45 politischen Akteuren außerhalb der Präsidialabteilung der BSB eine Berücksichtigung ihrer Per-
46 spektive und damit eine Qualitätssteigerung schulpolitischer Entscheidungen im Allgemeinen
47 garantiert. Solch eine Zusicherung erfordert eine direkte Beteiligung am Ratifizierungsprozess
48 schulpolitischer Entscheidungen. Dafür ist es zwar notwendig, dass die BSB gewisse Entschei-
49 dungskompetenzen abgibt. Dieser Faktor ist jedoch nicht von großer Bedeutung, da die BSB
50 weiterhin den alleinigen Auftrag hat, die Entwürfe vorzulegen, wodurch sie neben Bürgerschaft
51 und Senat als einzige aktiv schulpolitische Maßnahmen gestaltet. Auch ist an dieser Stelle zu
52 berücksichtigen, dass selbst eine situativ geringe Berücksichtigung einzelner schulpolitischer
53 Akteure keinen relevanten Unfrieden zur Folge hat, da entsprechende Maßnahmen von den an-
54 deren Akteuren mitgetragen werden. Die Einrichtung der Landesschulkommission bricht Kon-
55 fliktlinien, da die schulpolitischen Akteure durch die direkte, demokratische Beteiligung an der
56 Ratifizierung von schulpolitischen Maßnahmen weniger konfrontativ auf diese reagieren, und
57 eine Qualitätssteigerung schulpolitischer Entscheidungen, indem sie die Berücksichtigung der
58 Expertise und Perspektive der Schulbeteiligten garantiert.

Antrag 2024/I/Bil/4**Jusos Hamburg****Der/Die Landesparteitag möge beschließen:****Faire Verteilung von Tablets an Hamburger Schulen**

1 Der Landesparteitag der SPD Hamburg möge beschließen: Die SPD-Fraktion der Hamburgi-
2 schen Bürgerschaft und die sozialdemokratischen Mitglieder des Senats werden dazu aufgefor-
3 dert, sich dafür einzusetzen, dass bei der Neubeschaffung digitaler Endgeräte (bspw. Tablets),
4 anhand des KES-Indexes eine unter sozialen Gesichtspunkten faire Verteilung durchgeführt
5 wird.

6 Begründung

7 Digitale Endgeräte sind ein wichtiger Bestandteil moderner Bildung und tragen zu mehr Bil-
8 dungsgerechtigkeit bei.

9 Doch nimmt man ganz Hamburg in den Blick, sind an den Schulen lediglich für ein Viertel al-
10 ler Schüler*innen digitale Endgeräte (zumeist Tablets) vorhanden. Auch wenn wir weiterhin
11 an unserem langfristigen Ziel, genug Endgeräte für alle, festhalten, braucht es kurzfristig eine
12 sinnvolle, unter sozialen Gesichtspunkten gerechte Verteilung der vorhandenen Geräte.

13 Ein Blick in die Realität zeigt: Die gleichmäßige Verteilung führt dazu, dass die städtischen End-
14 geräte in reichen Gegenden im Spind liegen bleiben, denn man hat ja bereits sein privates.
15 Noch problematischer sind die Folgen an Schulen in Gegenden mit sozioökonomisch niedrige-
16 rem Status, denn hier setzen die Lehrkräfte die wenigen vorhandenen Endgeräte erst gar nicht
17 ein, da sie wissen, dass nicht alle versorgt werden können. Das derzeitige Vorgehen führt im
18 Ergebnis zu einer Verschärfung der bestehenden Bildungsungerechtigkeit.

19 Anstatt weiterhin pauschal zu verteilen, soll deshalb die Verteilung künftig bedarfs- und sozial-
20 gerecht anhand des „KES-Index“ vorgenommen werden. Ein Index, welcher sich im Hamburger
21 Bildungswesen bereits bewährt hat.

Antrag 2024/I/Bil/5**Jusos Hamburg****Der/Die Landesparteitag möge beschließen:****Schuler*innen ihre Rechte und Möglichkeiten vermitteln!**

1 Der Landesparteitag der SPD Hamburg möge beschließen: Die SPD-Fraktion in der Hamburgi-
2 schen Bürgerschaft und die sozialdemokratischen Mitglieder des Senats sind dazu aufgefor-
3 dert, sich dafür einzusetzen, dass ein Tag für alle Klassenstufen an allen Hamburger Schulen
4 unter dem Thema "Schuler*innenrechte und Möglichkeiten" eingeführt wird. An jenem Tage
5 sollen allen Schuler*innen die Möglichkeiten, soziales und gesellschaftliches Engagement in
6 der Schule zu leisten, vorgestellt und näher gebracht werden. Dabei sollen Unterlagen der Ham-
7 burgischen Bürgerschaft oder der Landeszentrale für politische Bildung verwendet werden. Der
8 konkrete Ablauf des Tages wird durch ein Gremium ausgestaltet, das sich paritätisch aus Schü-
9 ler*innenvertretung und dem Lehrkörper sowie einer*m Sozialpädagog*in zusammensetzt. Da-
10 zu gehören: • Die Möglichkeiten, Chancen und Aufgaben von Klassen-, Jahrgangs- und Schul-
11 sprecher*innen sowie auch die Tätigkeit in den weiterführenden Gremien • Engagement als
12 Streitschlichter*innen • Rechte und Möglichkeiten aller Schuler*innen mitzuwirken, ohne dafür
13 in bestimmte Positionen gewählt werden zu müssen o die Gründung von AGs o die Partizipati-
14 on in bestehenden AGs o Annahme selbstentwickelter Positionen wie z.B. Vertrauensschuler*in

15 Begründung

16 Die Mitgestaltungsmöglichkeiten von Schuler*innen sind unter den Schuler*innen selbst viel
17 zu unbekannt, mit besonderem Vermerk auf die aktuelle Partizipation in den Schulen der Stadt,
18 wo viele Beteiligungsoptionen kaum beansprucht werden. Im Hinblick darauf, dass Schuler*in-
19 nen den Großteil ihres Alltages in der Schule verbringen, muss sich dies ändern. Die demo-
20 kratischen Strukturen in den Schulen können nur gestärkt werden, wenn Schuler*innen über
21 die Möglichkeiten und Chancen sowie über ihre Mitbestimmungsrechte gut informiert sind.
22 Der Mitbestimmungsprozess in der Schulpolitik soll ihnen schon im jungen Alter nahegebracht
23 werden im Sinne einer aufklärerischen Politik. Diese Aufklärung führt zu mehr sozialem und
24 gesellschaftlichem Engagement, was positive Auswirkungen auf die gesamte Gesellschaft hat.
25 Auch führt es zu einem angenehmeren Klima in der Schule und damit zu einem produktiveren
26 und lernfreudigeren Umfeld.

Antrag 2024/I/Bil/6**Jusos Hamburg****Der/Die Landesparteitag möge beschließen:****Sprach- und Kulturmittlung (SKM) in Hamburger Schulen – Mehr Schein als Sein?**

1 Der Landesparteitag der SPD Hamburg möge beschließen und an die Behörde für Schule und
2 Bildung zur Kenntnis weiterleiten:

3 1. Die Senatorin für Schule und Berufsbildung wird aufgefordert, eine unabhängige wissen-
4 schaftliche Überprüfung der Entwicklung der im Jahr 2015 eingeführten aktiven Sprach- und
5 Kulturmittler*innen in Hamburger Schulen sowie deren jeweilige Muttersprache und Einsatz-
6 orte durchzuführen.

7 2. Bei der Feststellung eines Mangels an aktiven Sprach- und Kulturmittler*innen in Hamburger
8 Schulen wird der SPD geführte Senat weitergehend aufgefordert, Qualifikationsmaßnahmen
9 und Praxiseinsätze zu fördern, worunter insbesondere die Verbesserung der finanziellen Vor-
10 aussetzungen fällt.

11 Begründung

12 Das Landesinstitut für Lehrerbildung und Schulentwicklung hat im Jahr 2015 im Rahmen
13 der Beratungsstelle Interkulturelle Erziehung die Qualifizierungsmaßnahme „Sprach- und
14 Kulturmittlung“ (SKM) eingeführt. Mit dieser Maßnahme sollen Menschen mit eigener Mi-
15 grationsgeschichte im Rahmen einer 120-stündigen Schulung zu Mittler*innen zwischen der
16 gemeinsamen Muttersprache mit den Geflüchteten und der deutschen Sprache und Kultur an
17 Schulen ausgebildet werden. Sie können Eltern und Kinder an das deutsche Schulsystem, gel-
18 tende Richtlinien und pädagogisches Handeln der Lehrkräfte heranführen und wesentlich zur
19 Verständigung zwischen allen Beteiligten beitragen. Das Landesinstitut für Lehrerbildung und
20 Schulentwicklung selbst bezeichnet sie als „Brückenbauer im Bildungswesen“ ([https://li.ham-
21 burg.de/contentblob/13781836/f621e1ce04fd9bdf309f9835f38ebdf/data/pdf-skm-flyer.pdf](https://li.hamburg.de/contentblob/13781836/f621e1ce04fd9bdf309f9835f38ebdf/data/pdf-skm-flyer.pdf)).
22 Jedoch ist aktuell nicht ersichtlich, wie viele Mittler*innen an welchen Hamburger Schulen
23 eingesetzt werden und welche Muttersprache diese sprechen. Bei einer Anzahl von über 8000
24 geflüchteten Kindern, die im vergangenen Jahr an Hamburger Schulen aufgenommen wurden,
25 wovon das Hamburger Abendblatt im November 2022 berichtete, wird die Wichtigkeit einer
26 transparenten Übersicht eingesetzter Sprach- und Kulturmittler*innen zur Verbesserung
27 der Situation Geflüchteter und effektiven Entlastung des Hamburger Schulsystems deutlich
28 ([https://www.abendblatt.de/hamburg/kommunales/article236977381/schule-hamburg-
30 unterricht-fuer-gefluechtete-system-stoesst-an-seine-grenzen.html](https://www.abendblatt.de/hamburg/kommunales/article236977381/schule-hamburg-
29 unterricht-fuer-gefluechtete-system-stoesst-an-seine-grenzen.html)). Wenn ein Mangel an
solchen Kräften festgestellt wird, gilt es, bei der Qualifizierung und folgenden Praxiseinsätzen

31 nachzusteuern, wozu insbesondere die finanziellen Voraussetzungen optimiert werden kön-
32 nen. In d. R. werden geflüchtete Kinder und Jugendliche vor dem Besuch von Regelklassen in
33 Internationalen Vorbereitungsklassen (IVK) bzw. Basisklassen beschult, wobei das primäre Ziel
34 das Erlernen der deutschen Sprache darstellt. Erwartungsgemäß ist die deutsche Sprache dem
35 Großteil der geflüchteten Schüler*innen fremd, ebenso sind Englischkenntnisse keine Selbst-
36 verständlichkeit. Aufgrund des personellen Mangels, der durch die stetig wachsende Anzahl
37 von Vorbereitungsklassen noch verschärft wird, kommen zu den schwierigen Bedingungen
38 leider besonders für die geflüchteten Kinder und Jugendlichen häufige Wechsel ihrer Lehrkräf-
39 te hinzu. Eine verlässliche und vertrauensvolle Konstante können also vor allem Sprach- und
40 Kulturmittler*innen für die teils traumatisierten geflüchteten Kinder und Jugendlichen bieten,
41 die sie bei Hürden im fremden Land unterstützen.

Ges Gesundheit

Antrag 2024/I/Ges/1

Kreis Bergedorf

Der/Die Landesparteitag möge beschließen:

Psychosoziale Hilfe für Geflüchtete ausfinanzieren (Landesebene)

- 1 Der Landesparteitag möge beschließen: Die SPD-Bürgerschaftsfraktion sowie die sozialdemo-
- 2 kratischen Mitglieder des Senates werden aufgefordert, sich für die Schaffung weiterer psy-
- 3 chosozialer Hilfsangebote für geflüchtete Menschen einzusetzen.

4 Begründung

- 5 Im derzeitigen Bundeshaushaltsentwurf für das Jahr 2024 ist vorgesehen, die psychosoziale
- 6 Hilfe für Geflüchtete um zehn Millionen Euro, das sind etwa 60 % des derzeitigen Budgets,
- 7 zu kürzen. Diese drastische Kürzung bedeutet, dass unterstützungsbedürftige Menschen kei-
- 8 ne Hilfe bekämen, dass bestehende Therapien abgebrochen werden und Angebote dauerhaft
- 9 geschlossen werden müssten. Tatsächlich sind die bereits jetzt bestehenden Angebote nicht
- 10 ausreichend und werden dem Bedarf in dieser aufgrund ihrer Leidens- und Fluchtgeschich-
- 11 te überproportional von teils schweren Traumata und psychischen Erkrankungen betroffenen
- 12 Gruppe nicht gerecht. Es sind also eine Verstetigung und bedarfsgerechte Ausfinanzierung der
- 13 bestehenden Angebote nötig. Da der Bund hier seiner Aufgabe nicht nachkommt, ist es nötig,
- 14 zumindest bei uns in Hamburg entsprechende Angebote in ausreichender Qualität vorzuhal-
- 15 ten. Vorfälle wie das Attentat in Brokstedt führen uns immer wieder schmerzlich vor Augen,
- 16 wie nötig eine gute psychosoziale Versorgung ist.

Antrag 2024/I/Ges/2**Jusos Hamburg****Der/Die Landesparteitag möge beschließen:****Psychosoziale Hilfe für Geflüchtete ausfinanzieren!**

- 1 Der Landesparteitag möge beschließen: Die SPD-Bürgerschaftsfraktion sowie die sozialdemo-
2 kratischen Mitglieder des Senates werden aufgefordert, sich für die Schaffung weiterer psy-
3 chosozialer Hilfsangebote für geflüchtete Menschen einzusetzen.

4 Begründung

- 5 Im derzeitigen Bundeshaushaltsentwurf für das Jahr 2024 ist vorgesehen, die psychosoziale
6 Hilfe für Geflüchtete um zehn Millionen Euro, das sind etwa 60 % des derzeitigen Budgets,
7 zu kürzen. Diese drastische Kürzung bedeutet, dass unterstützungsbedürftige Menschen kei-
8 ne Hilfe bekämen, dass bestehende Therapien abgebrochen werden und Angebote dauerhaft
9 geschlossen werden müssten. Tatsächlich sind die bereits jetzt bestehenden Angebote nicht
10 ausreichend und werden dem Bedarf in dieser aufgrund ihrer Leidens- und Fluchtgeschich-
11 te überproportional von teils schweren Traumata und psychischen Erkrankungen betroffenen
12 Gruppe nicht gerecht. Es sind also eine Verstetigung und bedarfsgerechte Ausfinanzierung der
13 bestehenden Angebote nötig. Da der Bund hier seiner Aufgabe nicht nachkommt, ist es nötig,
14 zumindest bei uns in Hamburg entsprechende Angebote in ausreichender Qualität vorzuhal-
15 ten. Vorfälle wie das Attentat in Brokstedt führen uns immer wieder schmerzlich vor Augen,
16 wie nötig eine gute psychosoziale Versorgung ist.

Antrag 2024/I/Ges/3**ASG Hamburg****Der/Die Landesparteitag möge beschließen:****Gesundheitsstandort Hamburg - Gesundheit neu denken**

- 1 Um zentrale zukünftige Herausforderungen des deutschen Gesundheitssystems anzugehen
2 und die Bürger*innen in Hamburg auch weiterhin optimal unterstützen und versorgen zu kön-
3 nen und die Attraktivität des Gesundheitsstandorts Hamburg zu sichern, brauchen wir neue,
4 moderne Ansätze und Strukturen, in denen alle Akteure im Gesundheitswesen - für die Bür-
5 ger*innen erkennbar - untereinander verzahnt sind und eng miteinander zusammenarbei-
6 ten. Dabei wird die patientenorientierte sektorenübergreifende Weiterentwicklung der Versor-
7 gungsstrukturen als Lösung der sich abzeichnenden Probleme gesehen. Unter sektorenüber-
8 greifenden Versorgung wird eine umfassende Vernetzung sowie eine vertikale und horizon-
9 tale Integration über Organisationen und Sektoren hinweg verstanden. Dies bedeutet, dass
10 sowohl die ambulante und stationäre Versorgung als auch die Gesundheitsförderung und Prä-
11 vention, Rehabilitation, Pflege, Arzneimittelversorgung, soziale und kommunale Angebote so-
12 wie die Palliativversorgung miteinander verknüpft werden. Ziel einer solchen Vernetzung ist
13 es, nicht nur die gesundheitliche Versorgung der Patient*innen zu verbessern und zu erhalten,
14 die Arbeitsbedingungen insgesamt weiterzuentwickeln, sondern auch gleichzeitig dem stetig
15 steigenden Kostendruck im Gesundheitswesen durch eine möglichst effiziente Versorgung zu
16 begegnen.
- 17 Um die sektorenübergreifende Weiterentwicklung der Versorgungsstrukturen voranzutreiben,
18 fordern wir den Senat auf, eine Kommission u.a. unter Beteiligung der Akteure des Gesund-
19 heitswesen, Patientenvertretern, Pflegeverbände, Wissenschaft, Gewerkschaften einzusetzen.
20 Das „Zielbild 2030 Gesundheit neu Denken“ aus Sachsen könnte hier, unter Berücksichtigung
21 der Besonderheiten einer Metropolregion, ein Beispiel sein.

Antrag 2024/I/Ges/4**Kreis Nord****Der/Die Landesparteitag möge beschließen:****Gesundheitskiosk**

- 1 Der Landesparteitag der SPD Hamburg möge beschließen:
- 2 Die SPD-Bürgerschaftsfraktion wird aufgefordert sich dafür einzusetzen, dass 1. die Fortset-
- 3 zung der fünf bestehenden lokalen Gesundheitszentren (LGZ) nach der aktuellen Förderperiode
- 4 (2025) – unter entsprechender Berücksichtigung der projektbegleitenden Evaluationsergebnis-
- 5 se – finanziell abgesichert wird. 2. die erforderlichen finanziellen Mittel zur Schaffung von Ge-
- 6 sundheitskiosken entsprechend des Referent*innenentwurfs des Bundesgesundheitsministe-
- 7 rium in seiner final beschlossenen Form bereitgestellt werden. 3. Gesundheitskioske insbeson-
- 8 dere in den Bezirken und Stadtteilen etabliert werden, in denen aktuell keine LGZ vorhanden
- 9 sind und 4. dabei die nach dem Referent*innenentwurf vorgesehenen Gesundheitskioske für
- 10 Patient*innen unabhängig von der individuellen Krankenkasse zur Verfügung stehen.

11 Begründung

- 12 Lt. Referentenentwurf des Bundesgesundheitsministeriums zum SGB V sollen Gesundheits-
- 13 kioske bundesweit breitflächig ausgerollt und damit die medizinische Versorgung für Men-
- 14 schen mit „kleinem Geldbeutel“ verbessert werden. Dabei sollen die Kommunen 20% der Kos-
- 15 ten übernehmen. Vorgängermodelle wie Gesundheitszentren (LGZ) und Polikliniken haben sich
- 16 – auch aufgrund der herausfordernden Suche nach den erforderlichen Ärzt*innen – nicht als ge-
- 17 eignete Lösung für alle in Frage kommenden Stadtteile erwiesen. Ein Vorantreiben des Modells
- 18 Gesundheitskiosk würde die gesundheitliche Versorgung der Menschen in Stadtteilen wie z.B.
- 19 Dulsberg deutlich verbessern können.

Antrag 2024/I/Ges/5**Kreis Wandsbek****Der/Die Landesparteitag möge beschließen:****Zuckersteuer auf Softdrinks und weiteren Lebensmitteln**

1 Der Landesparteitag der SPD Hamburg möge zur Weiterleitung an den Bundesparteitag der
2 SPD und anschließender Weiterleitung an die SPD Bundestagsfraktion beschließen: 1. Einfuh-
3 rung einer Zuckersteuer auf Softdrinks. Diese soll in Anlehnung an den „Part 2 Finance Act 2017“
4 des Vereinigten Königreichs als Verbrauchssteuer gestaltet sein. 2. Darüber hinaus ist zu pru-
5 fen, inwieweit eine Steuer auf weitere Lebensmittelprodukte umgesetzt werden kann, die für
6 ihre Produktart einen unnötig hohen Zuckeranteil aufweisen.

7 Begründung

8 Die Einführung einer Zuckersteuer hat in Großbritannien nachweislich positive Auswirkungen
9 auf die Gesundheit gezeigt. Eine Studie der Cambridge University legt nahe, dass die Zucker-
10 steuer in Höhe eines niedrigen zweistelligen Centbetrages pro Getränk die Fettleibigkeit bei
11 zehn- und elfjährigen Mädchen um beachtliche 8 Prozent verringert hat. Dies verdeutlicht den
12 Nutzen der Zuckersteuer für die Gesundheit von Kindern. Darüber hinaus haben die Erfahrun-
13 gen in Großbritannien gezeigt, dass eine Zuckersteuer Hersteller dazu motiviert, ihre Produkte
14 zu reformulieren und den Zuckergehalt zu reduzieren. Vor der Einführung der Zuckersteuer lag
15 der Anteil von Limonaden mit mehr als 5 g Zucker pro 100 ml auf dem britischen Markt im Sep-
16 tember 2015 bei 49 Prozent. Im Februar 2019, nach Einführung der Steuer, sank dieser Anteil
17 auf nur noch 15 Prozent. Dies verdeutlicht den positiven Einfluss einer Zuckersteuer auf das An-
18 gebot an gesünderen Produkten. In Deutschland gibt es derzeit keine konkreten Pläne für die
19 Einführung einer Zuckersteuer. Trotz Gerüchten während der Ampel-Koalitionsverhandlungen
20 taucht die Zuckersteuer im Koalitionsvertrag nicht auf. Neben den gesundheitlichen Vorteilen
21 entlastet eine solche Forderung den Gesundheitshaushalt nicht nur durch die direkten Steu-
22 ereinnahmen, sondern auch durch eine Entlastung der gesetzlichen Krankenkassen. Schließ-
23 lich ist es wichtig zu beachten, dass u.a. Diabetes Typ 2 – eine der Erkrankungen, die oft mit
24 übermäßigem Zuckerkonsum in Verbindung gebracht wird – erhebliche Kosten im Gesund-
25 heitssystem verursacht. Im Jahr 2009 und 2010 wurden für die Versorgung von Menschen mit
26 Typ-2-Diabetes in der gesetzlichen Krankenversicherung rund 16,1 Milliarden Euro pro Jahr auf-
27 gewendet – das macht 10 % der Gesamtausgaben aus. Eine Zuckersteuer kann dazu beitragen,
28 diese Kosten zu senken und dadurch zusätzliche Mittel für das derzeit finanziell ausgelaste-
29 te Gesundheitssystem zu schaffen. Dabei soll in Erweiterung zum britischen Ansatz auch ei-
30 ne Ausweitung auf weitere Lebensmittel geprüft werden. So finden sich selbst in vermeintlich

31 herzhaften Produkten wie beispielsweise Tiefkuhlpizza, Schinken und selbst Krautsalat eine er-
32 hebliche Menge Zucker, die nicht notwendig ist und vielmehr der Gesundheit schadet. Die Ein-
33 fuhrung einer Zuckersteuer ist somit nicht nur ein Schritt in Richtung gesunderer Lebensmittel
34 und besserer Gesundheit für unsere Bevölkerung, sondern sie kann auch erhebliche finanzielle
35 Vorteile für unser Gesundheitssystem bringen. Es ist daher dringend geboten, die Einführung
36 einer solchen Steuer zu unterstützen und voranzutreiben.

Antrag 2024/I/Ges/6**Jusos Hamburg****Der/Die Landesparteitag möge beschließen:****Hodenkrebsvorsorge kostenlos!**

1 Der Landesparteitag der SPD Hamburg möge zur Weiterleitung an den Bundesparteitag be-
2 schließen mit der Weiterleitung an die SPD-Bundestagsfraktion: Wir fordern eine regelmäßige
3 Übernahme der Kosten für die Hodenkrebsvorsorge ab 16 Jahren durch die gesetzlichen Kran-
4 kenversicherungen.

5 Begründung

6 Die mit Abstand meisten Hodenkrebserkrankungen treten im Alter zwischen 25 und 45 Jahren,
7 bei einem mittleren Alter von 37 Jahren, auf. Jedoch ist bereits ab dem Alter von 20 Jahren ein
8 signifikanter Anstieg der Erkrankungen feststellbar. Eine wirksame Untersuchung in Form einer
9 Hodenabtastuntersuchung wird allerdings letztmalig mit 14 Jahren und dann wieder ab 45 Jah-
10 ren als Kassenleistung erstattet. Nicht zuletzt haben die prominenten Fälle von Fußballspielern
11 nochmals öffentlichkeitswirksam gezeigt, dass Hodenkrebs insbesondere jüngere Männer be-
12 trifft. Als einzige Möglichkeit der Vorsorge bleibt die unsichere Selbstuntersuchung oder eige-
13 ne Kostenübernahme, sodass die Entdeckung der Erkrankung oft auf Zufallsbefunden beruht.
14 Dabei ist es bei dieser Krebsform wie bei den meisten anderen auch, je früher dieser erkannt
15 wird, desto besser sind die Heilungschancen und umso weniger invasiv muss die Behandlung
16 erfolgen. Zwar ist die Heilungschance bei Hodenkrebs hoch, allerdings dürfen auch die weitrei-
17 chenden Folgen invasiver Behandlungsmethoden, wie Amputation oder starke Bestrahlung,
18 auf die Fruchtbarkeit und Psyche der Betroffenen nicht vernachlässigt werden.

19 Die Festlegung einer solchen Altersgrenze, bei welcher der Peak der Erkrankungen bereits
20 längst überschritten ist, ist mithin, selbst unter Berücksichtigung ökonomischer Zwänge im
21 Gesundheitssystem, willkürlich.

22 Die neu in den Leistungskatalog aufzunehmende Untersuchung soll mit einer Werbekampagne
23 begleitet werden. Diese Werbekampagne soll auch die Selbstuntersuchung thematisieren, um
24 eine Sensibilität zu erreichen und um den Zeitraum zwischen den übernommenen Untersu-
25 chungen abzudecken.

26 Das Etablieren einer regelmäßigen urologischen Routineuntersuchung für Männer, analog zur
27 Gynäkologie, könnte auch den positiven Nebeneffekt mit sich bringen, dass urologische Erkan-
28 kungen weniger tabuisiert werden und generell eher urologische Hilfe in Anspruch genommen
29 wird.

Antrag 2024/I/Ges/7**Jusos Hamburg****Der/Die Landesparteitag möge beschließen:****Suizid existiert, Aufklärung jetzt!**

- 1 Der SPD-Landesparteitag möge beschließen und anschließend an den SPD-Bundesparteitag
2 weiterleiten: Die SPD-Bundestagsfraktion setzt sich für eine bundesweite Informationskam-
3 pagne zur Aufklärung über Suizid sowie die Entwicklung einer bundesweiten Präventionsstra-
4 tegie ein, welche sich an den Empfehlungen der WHO (Preventing Suicide: A global imperative)
5 orientiert.

6 Begründung

- 7 In Deutschland sterben jährlich mehr als 9.000 Menschen durch Suizid: Das sind mehr Tote als
8 durch Verkehrsunfälle, Drogenmissbrauch und HIV/Aids zusammen (Quelle: Destatis). Trotz-
9 dem gibt es keine bundesweite Aufklärungskampagne mit dem Ziel, Informationen zu vermit-
10 teln, ein Bewusstsein für das Thema zu schaffen und somit Suizide zu verhindern. Alle 53 Minu-
11 ten nimmt sich ein Mensch das Leben, etwa alle vier Minuten versucht es jemand. Warum gibt
12 es Kampagnen über Verkehrssicherheit, Suchtkrankheiten und Safer Sex, aber keine über Sui-
13 zid? Nicht einmal Informationsmaterial zum Thema Suizid und Depression hält die Bundeszen-
14 trale für gesundheitliche Aufklärung (BZgA) bereit, beispielsweise für Lehrer*Innen, Eltern und
15 Schüler*Innen. Dabei ist Suizid bei jungen Menschen die zweithäufigste Todesursache (Quelle:
16 BPB). Suizid ist ein Tabuthema – das muss sich ändern. Denn nur wenn das Thema zur Spra-
17 che kommt, kann man auch handeln und helfen. Suizid darf nicht totgeschwiegen werden. Wir
18 brauchen ein gesellschaftliches Klima, in dem man offen über Depression und seelische Krisen
19 reden kann. Suizide können verhindert werden. Hierfür muss jedoch ein Bewusstsein für das
20 Thema in der Gesellschaft geschaffen werden. Denn nur wer Bescheid weiß, kann auch hel-
21 fen. Dies kann wirkungsvoll mit einer Aufklärungskampagne durch die BZgA erreicht werden.
22 Die BZgA und das Bundesgesundheitsministerium müssen der Aufklärungsarbeit über Suizid
23 höhere Priorität einräumen. Außerdem muss das Bundesgesundheitsministerium dafür not-
24 wendige finanzielle Mittel zur Verfügung stellen.

Antrag 2024/I/Ges/8**SPD Frauen Hamburg****Der/Die Landesparteitag möge beschließen:****Klinische Geburtshilfe sichern!**

1 Der Landesparteitag möge beschließen: Der Senat wird aufgefordert dafür Sorge zu tragen,
2 dass die Bundesregierung und die SPD - Bundestagsfraktion die notwendigen Anpassungen
3 an der Krankenhausstrukturreform vornehmen, um eine umfassende Sicherung und Weiter-
4 entwicklung der geburtshilflichen Versorgung zu gewährleisten, indem eine Leistungsgruppe
5 hebammengeleitete Geburtshilfe in den Referentenentwurf aufgenommen wird.

6 Begründung

7 Der vorliegende Reformvorschlag zur Krankenhausstrukturreform beinhaltet zwar bedeutende
8 Fortschritte, vernachlässigt jedoch zentrale Aspekte der geburtshilflichen Versorgung. Um die
9 drohende Schließung von Geburtshilfestationen in Hamburg zu verhindern, die Abwanderung
10 von Fachkräften zu stoppen und die Qualität der Versorgung für Mütter und Kinder sicherzu-
11 stellen, sind dringende Sofortmaßnahmen erforderlich. 1. Differenzierte Anwendung der Leis-
12 tungsgruppen: Es ist unerlässlich, dass die Vorschläge zur Leistungsgruppe Geburtshilfe aus
13 NRW vor einer flächendeckenden Anwendung in Hamburg differenziert werden. Diese Diffe-
14 renzierung ist notwendig, um bestehende Fehlanreize und daraus resultierende Qualitätsde-
15 fizite zu beseitigen und sicherzustellen, dass die Qualität der geburtshilflichen Versorgung in
16 Hamburg einheitlich gewährleistet wird. Dies erfordert klare, evidenzbasierte und verbindliche
17 Qualitätskriterien, um die Versorgung auf höchstem Niveau zu sichern. 2. Anpassung der Fall-
18 pauschalen/DRGs: Die Anpassung der Fallpauschalen/DRGs auf Basis der differenzierten Leis-
19 tungsgruppen ist entscheidend. Es gilt, sowohl die Betreuungsleistungen der physiologischen
20 Geburtshilfe als auch geburtsmedizinische Interventionen angemessen abzubilden. Hierbei ist
21 eine Überarbeitung der aktuellen Qualitäts- und Leistungskriterien notwendig, um eine ad-
22 äquate Bewertung sicherzustellen. 3. Einbindung geburtshilflicher Expertise: Die Mitwirkung
23 geburtshilflicher Expertise, insbesondere von Hebammen, ist essenziell bei der Weiterentwick-
24 lung oder Neuschaffung von Leistungsgruppen. Daher fordern wir eine verbindliche Regelung
25 im Ausschuss nach §135e sowie in vorgeschalteten Verfahren der Arbeitsgemeinschaft der Wis-
26 senschaftlichen Medizinischen Fachgesellschaften. Die Einbindung dieser Expertise ist uner-
27 lässlich, um die geburtshilfliche Versorgung in Hamburg praxisnah und patientenorientiert zu
28 gestalten.

Innen Inneres**Antrag 2024/I/Innen/1****Jusos Hamburg****Der/Die Landesparteitag möge beschließen:****Ohnehin schon angespannte Einsätze nicht noch zusätzlich eskalieren – Taser-Pilotprojekt bei der Hamburger Polizei beenden!**

- 1 Der Landesparteitag der SPD-Hamburg möge beschließen:
- 2 Die SPD-Bürgerschaftsfraktion und der Senator für Inneres werden aufgefordert, das 12-
- 3 monatige Pilotprojekt rund um das Mitführen von sogenannten Tasern im Streifendienst nach
- 4 Beendigung nicht auf den allgemeinen Streifendienst auszuweiten, sondern bei den besonders
- 5 geschulten Unterstützungstreifen für erschwerte Einsatzlagen und dem SEK zu belassen.
- 6 **Begründung**
- 7 Bisher war die Nutzung von Elektroschockwaffen ausschließlich dem SEK (und einer Schutz-
- 8 streife) vorbehalten. Seit kurzem läuft nun ein 12-monatiges Pilotprojekt, bei dem jeweils die
- 9 Unterstützungstreife für erschwerte Einsatzlagen (USE) mit den 50.000 Volt starken Elektro-
- 10 schockwaffen (Tasern) ausgestattet werden soll. Zur Einordnung: Ein normaler elektronischer
- 11 Weidezaun führt 15.000 Volt.
- 12 Bei der USE handelt es sich um eine 2021 eingerichtete Spezialeinheit, die in Einsatzlagen un-
- 13 terstützen soll, „die aufgrund der polizeilichen Einsatzerfahrung oder durch ihren gegenwär-
- 14 tigen Verlauf eine erhöhte Gefährdung für die eingesetzten Beamtinnen und Beamten oder
- 15 Dritte erwarten lassen“. Die Ausweitung auf eine weitere „Taser-Einheit“ - gepaart mit der Tat-
- 16 sache, dass Taser immer häufiger im Einsatz auch tatsächlich angewendet werden– bedeutet
- 17 das Fortschreiten eines Weges, auf dem wir schnellstmöglich wieder umkehren sollten.
- 18 Denn bei Tasern handelt es sich keinesfalls um ein nur kurzzeitig schmerzendes Mittel: Bei Vor-
- 19 erkrankungen wie Asthma oder Herzrhythmusstörungen, aber auch psychischen Erkrankun-
- 20 gen oder Drogenkonsum drohen schwerwiegende gesundheitliche Folgen und im Extremfall
- 21 auch der Tod der Betroffenen, wie uns kürzlich bei einem Einsatz der Polizei Dortmund gesche-
- 22 hen. Für die eingesetzten Beamt*innen sind weder physische noch psychische Erkrankungen
- 23 der Personen bei Nutzung der Elektroschockwaffen sichtbar, was bedeutet, dass mit jedem
- 24 Einsatz auch das Risiko mitschwingt, die Betroffene tödlich oder zumindest folgeschwer zu
- 25 verletzen.
- 26 Der eingeschlagene Weg ist daher falsch und sollte nicht fortgesetzt, sondern eingestellt wer-
- 27 den. Das ergibt sich nicht nur aus der Achtung vor Gesundheit und Leben der Betroffenen, son-
- 28 dern auch aus dem Selbstverständnis der SPD als einer Partei der Bürger*innenrechte.

Antrag 2024/I/Innen/2**Kreis Bergedorf****Der/Die Landesparteitag möge beschließen:****Leben retten - keine Abschiebungen von Jesid*innen in den Irak!**

- 1 Der Landesparteitag der SPD Hamburg möge beschließen und den 2. Forderungspunkt an den
2 Bundesparteitag der SPD weiterleiten:

- 3 1. Der Senat der Freien und Hansestadt Hamburg wird aufgefordert, einen sofortigen Abschie-
4 bestopp für Jesid*innen in den Irak zu verhängen. 2. Die SPD-Bundestagsfraktion wird aufge-
5 fordert a) zu prüfen, ob die Frist, bis zu der Jesid*innen in Deutschland automatisch Schutz
6 erhalten haben, bis zum 31.12.2024 verlängert werden kann und falls nicht, eine neue Stichtags-
7 regelung zu schaffen, die einen ähnlichen Schutz gewährleistet. b) zu prüfen, ob ein genereller
8 bundesweiter Abschiebestopp über diese Frist hinaus möglich ist und wenn ja, ihn zeitnah im
9 Bundestag zu beschließen.

10 Begründung

- 11 2014 tötete der IS im Nordirak schätzungsweise 5.000 Jesid*innen. Tausende Frauen und Kin-
12 der wurden verschleppt, versklavt oder vergewaltigt. Zwischen 2014 und 2017 galten Jesid*in-
13 nen als verfolgt und akut gefährdet. Dadurch hatten sie in Deutschland einen fast sicheren
14 Anspruch auf Asyl. Seit 2017 gilt der IS im Nordirak als vertrieben. Doch sicher ist der Nordirak
15 nicht. Zwar spielt die Terrormiliz in der Region keine große Rolle mehr, doch gibt es in der Region
16 immer wieder bewaffnete Kämpfe um die Vorherrschaft zwischen unterschiedlichen Gruppen.
17 Frieden gibt es im Nordirak nicht und wird es vermutlich auch nicht in näherer Zukunft geben.
18 In diesem Umfeld besteht gerade für Jesid*innen, die im Irak kaum als gleichwertige Mitglieder
19 der Gesellschaft akzeptiert werden, weiterhin Lebensgefahr. Die Abschiebung von Jesid*innen
20 in den Irak ist unmittelbar auch die Abschiebung von Menschen in einen Staat, welcher ihnen
21 keine Menschenrechte verspricht. Zu Beginn des Jahres hatte die Bundesregierung den Völker-
22 mord an den Jesid*innen anerkannt, noch im Frühjahr Abschiebungen in den Irak als unzumut-
23 bar bezeichnet. Spätestens aus der Einstufung als Genozid ergibt sich daher ein humanitäres
24 Bleiberecht. Menschen, die erst Jahre nach dem Genozid, aber genauso aus einer humanitä-
25 ren Notlage heraus geflohen sind, bekommen in Deutschland keinen pauschalen Schutz mehr.
26 Nun bestimmen Einzelfallentscheidungen von Gerichten, ob ein*e Jesid*in in den Irak abge-
27 schoben wird oder nicht, da ein Lagebild des Auswärtigen Amtes in Teilen des Iraks nicht mehr
28 von einer gruppenmäßigen Verfolgung der Jesid*innen ausgeht. Diese Einzelentscheidungen
29 können und dürfen nicht der Weg sein! Jesid*innen, die von einer Abschiebung in den Irak be-
30 troffen sind, verlieren ihr Zuhause, ihre Peers, ihre Sicherheit und Menschenrechte. Die Länder
31 Berlin und Nordrhein-Westfalen und Berlin haben auf Länderebene bereits Abschiebestopps

- 32 beschlossen, in NRW gilt dieser speziell für Jesid*innen. Wir brauchen diesen Abschiebestopp
- 33 bundesweit, nun muss aber auch Hamburg zügig vorangehen und Jesidisches Leben schützen.

Antrag 2024/I/Innen/3**Jusos Hamburg****Der/Die Landesparteitag möge beschließen:****Den Verfassungsschutz in die Schranken weisen!**

1 Der Landesparteitag der SPD Hamburg möge beschließen und an den Bundesparteitag sowie
2 den Senat und die SPD-Bürgerschaftsfraktion weiterleiten:

3 Die Mitglieder der SPD-Fraktion in der Hamburgischen Bürgerschaft, die sozialdemokratischen
4 Mitglieder des Senates, die Mitglieder der SPD-Fraktion im Deutschen Bundestag sowie die
5 sozialdemokratischen Mitglieder der Bundesregierung werden dazu aufgefordert, im Rahmen
6 ihrer Möglichkeiten, darauf hinzuwirken, dass die bereits vom Bundeskabinett beschlossene
7 Fassung des Gesetzes zum ersten Teil der Reform des Nachrichtendienstrechts dahingehend
8 geändert wird, dass jegliche Maßnahmen, die eine Denunzierung von Individuen durch staat-
9 liche Stellen ermöglichen, untersagt bleiben.

10 Begründung

11 Nachrichtendienste, ihre Rechte und ihre Rolle im Behörden- und Gesellschaftsgefüge sind seit
12 jeher umstritten. Sie dürfen Dinge, die sonst keine Behörde darf. Die einen meinen, aus gu-
13 tem Grund, andere lehnen die Sonderrolle per se ab. Bislang war aber unstrittig, dass aufgrund
14 der Sonderbefugnisse eine restriktive Trennung zwischen Geheimdiensten und den Bundes-
15 und Landespolizeien sowie sonstigen Behörden bestehen muss. Der Bundesverfassungsschutz
16 kommt bislang mit seinen 4000 Mitarbeitenden dem Auftrag nach, "Bestrebungen gegen die
17 freiheitliche demokratische Grundordnung" aufzuspüren und zu beobachten. An die Polizei-
18 en dürfen aber erst dann Informationen weitergeleitet werden, wenn konkrete Anhaltspunkte
19 vorliegen, die auf kriminelle Handlungen oder drohende Gefahren hinweisen. Über politische
20 Ansichten einer Person, die zwar nach Ansicht des Geheimdienstes radikal sind, aber an sich
21 gegen kein Gesetz verstoßen, hat die Behörde bislang Stillschweigen zu bewahren. Der Aus-
22 tausch mit anderen Behörden ist untersagt. Daran, Individuen in aller Öffentlichkeit an den
23 Pranger zu stellen, war bislang nicht zu denken. Doch das soll sich nach der Vorstellung des
24 von unserer Genossin Nancy Faeser geführten Bundesinnenministeriums ändern. Die bereits
25 vom Bundeskabinett abgesegneten Änderungen des Bundesverfassungsschutzgesetzes sehen
26 nämlich vor, dass der Bundesverfassungsschutz personenbezogene Informationen auch an an-
27 dere inländische Stellen - gemeint sind sämtliche Behörden - weitergeben darf, soweit es dem
28 Geheimdienst zur Erfüllung seines Auftrages erforderlich erscheint. Indes schließt der Geset-
29 zesentwurf nicht aus, dass sich der Bundesverfassungsschutz oder die informierten Behörden
30 an Privatpersonen oder Unternehmen wenden. Mit anderen Worten: Die Agent*innen dürfen

31 sich künftig an die potenziellen Vermieter*innen, ja sogar an Familienmitglieder, Arbeitskolle-
32 gin*nen oder Bekannte wenden, um nach ihrer Vorstellung auf eine Deradikalisierung hinzu-
33 wirken.

34 Dies birgt nicht nur das Risiko, eine Vielzahl von Personen irrtümlich und voreilig mit einem
35 gesellschaftlichen Stigma zu belegen, das sie so schnell nicht wieder loswerden. Sondern steht
36 vor allem vollständig im Widerspruch mit den Urteilen des Bundesverfassungsgerichtes, die
37 den Anlass gegeben haben, an dieser Stelle gesetzgeberisch tätig zu werden. Anstatt das Recht
38 auf informationelle Selbstbestimmung zu stärken, werden weitere massive Eingriffe mit einer
39 gesetzlichen Grundlage versehen. Es ist daher bereits höchst fraglich, ob die beabsichtigten
40 Regelungen im Bundesverfassungsschutzgesetz nicht selbst (wieder) einen nicht zu rechtferti-
41 genden Eingriff in die Verfassung darstellen und deshalb vom Bundesverfassungsgericht kas-
42 siert werden.

Antrag 2024/I/Innen/4**Jusos Hamburg****Der/Die Landesparteitag möge beschließen:**

Gewahrsam muss man sich leisten können – sofortige Rücknahme entsprechender Gebühren!

- 1 Der Landesparteitag der SPD Hamburg möge beschließen:
- 2 Der Innensenator der Freien und Hansestadt Hamburg wird aufgefordert, die „Gewahrsams-
- 3 gebührenzurückzunehmen.

4 Begründung

5 Zum 01.01.2023 trat die geänderte Fassung der Anlage 1 zur Gebührenordnung für Maßnahmen
6 auf dem Gebiet der öffentlichen Sicherheit und Ordnung (SiOGebO) in Kraft. Bei der Gelegen-
7 heit hat die Behörde für Inneres und Sport jedoch nicht etwa inflationsbedingte Gebühren-
8 erhöhungen vorgenommen, sondern die polizeiliche Ingewahrsamnahme kostenpflichtig ge-
9 macht. Dies ist aus den nachstehenden Gründen problematisch. 1. Gerade Personen, die wegen
10 potenzieller Selbstschadungsgefahr in Gewahrsam genommen werden, befinden sich häu-
11 fig in psychischen Ausnahmesituationen. Sie brauchen Hilfe, keine Kosten. 2. Es öffnet Macht-
12 missbrauch und Willkür Tür und Tor. So steht es im Ermessen eines/einer Beamt*in, die Tür
13 noch zwei Minuten länger geschlossen zu halten, bis die nächste volle Stunde angebrochen
14 ist. Natürlich ist nicht zu befürchten, dass dies von allen Polizeibediensteten getan wird, je-
15 doch ist es allein schon wegen der hohen Anzahl an Polizist*innen in Hamburg nicht auszu-
16 schließen, dass einzelne von derlei Tricks Gebrauch machen werden. 3. Begründet werden die
17 Gebühren unter anderem damit, dass Ingewahrsamnahmen viel Zeit und Personal rauben. In-
18 wiefern sich dies ändert, wenn die Polizist*innen von nun an penibel Buch über Kilometer, Zeit
19 und anwesende Kolleg*innen führen müssen, bleibt offen. 4. Die Gebührenzusammensetzung
20 ist intransparent und kann auch in gleichgelagerten Sachverhalten extrem abweichen. Findet
21 die Ingewahrsamnahme beispielsweise durch eine Zwei-Personen-Streife statt oder durch die
22 größeren Polizeigruppierungen, die zum Beispiel rund um den Kiez nachts anzutreffen sind?
23 Macht in Summe einen Unterschied von mehreren hundert Euro – auch wenn es in beiden
24 Fällen nur zwei Beamte gebraucht hätte. Findet die Ingewahrsamnahme direkt vor einer Poli-
25 zeiwache statt oder in Landgebiet nahe der niedersächsischen Grenze? Die Zusammensetzung
26 mutet willkürlich an und lässt Zweifel im Hinblick auf den Gleichbehandlungsgrundsatz auf-
27 kommen. 5. Ingewahrsamnahmen unterliegen keinem Richtervorbehalt, sondern werden ad
28 hoc von den eingesetzten Beamt*innen entschieden. Eine Gebührenfestsetzung hat zur Fol-
29 ge, dass auch bei beispielweise wegen der Nichtausschöpfung milderer Mittel unberechtigten
30 Ingewahrsamnahmen hohe Kosten auf die Betroffenen zukommen – es sei denn, sie stellen

31 sich einem Widerspruchsverfahren und ggf. einem gerichtlichen Prozess. Da der Rechtsweg i. d.
32 R. von sozioökonomisch Schwächergestellten seltener beschritten oder sogar gefürchtet wird,
33 verschärft diese Maßnahme das ohnehin an dieser Stelle bestehende Ungleichgewicht in unse-
34 rer Gesellschaft. 6. Unsere freiheitlich demokratische Grundordnung fußt maßgeblich auf dem
35 verfassungsrechtlich verbrieften Recht, sich jederzeit zu versammeln und seine Meinung zum
36 Ausdruck zu bringen. Jede – auch nur mittelbare – Einschränkung gehört argwöhnisch auf den
37 Prüfstand gestellt. Der Gewahrsamsgebühr kommt jedoch genau diese Wirkung zu. Sie wird
38 insbesondere sozioökonomisch Schwächergestellte von der Wahrnehmung ihrer Grundrech-
39 te abhalten, da sie Gefahr laufen, mit nicht tragbaren Kosten überzogen zu werden. Ein solch
40 klassistischer Einschnitt in die Versammlungsfreiheit ist für uns Jungsozialist*innen und Sozi-
41 aldemokrat*innen nicht hinnehmbar.

Recht Recht**Antrag 2024/I/Recht/1****ASJ Hamburg****Der/Die Landesparteitag möge beschließen:****Besoldung der verbeamteten Geschäftsstellen der Gerichte und Staatsanwaltschaften**

1 Der Landesparteitag möge beschließen:

2 Der Senat und die Bürgerschaft der Freien und Hansestadt Hamburg werden aufgefordert, die
3 Besoldung der Beamtinnen und Beamten des allgemeinen Justizdienstes, die als Geschäfts-
4 stellenverwalterinnen bzw. -verwalter bei den Hamburger Gerichten und Staatsanwaltschaften
5 tätig sind, zu erhöhen und damit eine amtsangemessene Besoldung sicherzustellen.

6 **Begründung**

7 Das Bundesarbeitsgericht hat im Jahr 2020 durch Urteil festgestellt, dass die Länder ihren An-
8 gestellten auf den Geschäftsstellen der Gerichte und Staatsanwaltschaften tarifvertragswidrig
9 ein deutlich zu geringes Gehalt gezahlt haben (Entgeltgruppe 6, ab ca. 2.700,- € brutto/mtl.
10 statt Entgeltgruppe 9a, ab ca. 3.100,- € brutto monatlich). Nach einer Verfassungsbeschwer-
11 de der Länder, die im Jahr 2022 vom Bundesverfassungsgericht als unzulässig zurückgewiesen
12 wurde, hat Hamburg noch einmal über ein Jahr gebraucht, um seinen Angestellten auf den
13 Geschäftsstellen den ihnen zustehenden Tariflohn rückwirkend jedenfalls zum Stichtag 1. Juni
14 2022 auszus zahlen.

15 Auf den Geschäftsstellen arbeiten neben den vorgenannten angestellten Mitarbeiter*innen
16 aber auch Beamtinnen und Beamten. Sie verrichten dieselbe Tätigkeit, allerdings müssen sie ei-
17 ne Stunde pro Woche länger arbeiten als ihre angestellten Kolleg*innen. Da Beamte der Recht-
18 sprechung des Verwaltungsgerichts unterliegen, gilt die Rechtsprechung der Arbeitsgerichte
19 für sie nicht unmittelbar. Während also das dem Tarifvertrag unterliegende Geschäftsstellen-
20 personal inzwischen nach der Entgeltgruppe 9a bezahlt wird, erhalten die Beamtinnen und Be-
21 amten für dieselbe Tätigkeit bei zudem längerer Arbeitszeit unverändert zumeist nur die Besol-
22 dungsgruppe A6 (ab ca. 2.600,- € brutto/mtl.) statt A8 (ab ca. 2.800,- € brutto/mtl.). Diese Un-
23 gerechtigkeit ist evident! Sie ist nicht nur mit den vom Bundesverfassungsgericht aufgestellten
24 Grundsätzen zur Beamtenbesoldung nicht vereinbar. Sie sorgt auch mit dafür, dass Hamburg
25 nicht mehr genügend Beamtenanwärter gewinnen kann, die bereit sind, sich zur Justizsekre-
26 tärin bzw. zum Justizsekretär ausbilden zu lassen. Die Folge sind funktionsunfähige Gerichte,
27 die zusehends nur noch aus leerstehenden Gebäuden bestehen.

28 Eine funktionsfähige Justiz ist ein klarer Standortvorteil. Daher müssen die Hürden für Beam-
29 tinnen und Beamte auf den Geschäftsstellen wie die vorgenannte Ungerechtigkeit sofort be-
30 seitigt werden.

Teilh Gleichstellung / Teilhabe

Antrag 2024/I/Teilh/1

SPD Frauen Hamburg

Der/Die Landesparteitag möge beschließen:

Stadt Hamburg geht mit gutem Beispiel voran- Vergabepraxis ergänzen

- 1 Der Landesparteitag der SPD Hamburg möge beschließen und an die SPD- Bürgerschaftsfrak-
- 2 tion und den Hamburger Senat weiterleiten: Die Hamburger öffentliche Ausschreibungspraxis
- 3 derart zu ändern, dass bei der Vergabe der Aufträge, Sonder- und Fördermittel als ein weiteres
- 4 Kriterium geschlechtergerechte Bezahlung im Unternehmen berücksichtigt wird.

5 Begründung

- 6 Das Gleichstellungspolitische Rahmenprogramm der Stadt Hamburg legt Maßnahmen vor, die
- 7 entsprechend dem zentralen staatlichen Auftrag aus Grundgesetz und Hamburgischer Verfas-
- 8 sung zur Durchsetzung der Gleichberechtigung von Frauen und Männern beitragen und auf
- 9 die Beseitigung bestehender Nachteile hinwirken sollen. Zurzeit wird sich bei öffentlichen Aus-
- 10 schreibungen z.B. auf das Lieferkettensorgfaltspflichtengesetzes bezogen – es fehlt als Kriteri-
- 11 um die geschlechtergerechte Bezahlung bei den Anbietern. Die Stadt Hamburg als Auftragge-
- 12 berin muss hier ihren eigenen Ansprüchen gerecht werden, deswegen fordern wir die Aufnah-
- 13 me des Kriteriums geschlechtergerechte Bezahlung.

Eur Europa

Antrag 2024/I/Eur/1

Distrikt Langenhorn-Nord

Der/Die Landesparteitag möge beschließen:

EIN einheitliches Zahlungsmittel im ÖPNV in der gesamten EU

- 1 Der Landesparteitag der SPD Hamburg möge zur Weiterleitung an den Bundesparteitag be-
2 schließen: Die sozialdemokratischen Mitglieder des Europaparlaments werden aufgefordert,
3 sich für folgende Forderung einzusetzen: Einführung eines einheitlichen Zahlungsmittels in
4 der gesamten EU für den öffentlichen Nahverkehr, egal, ob per Debit- oder Kreditkarte, App
5 oder bar. Zusätzlich können lokal weitere Bezahlmöglichkeiten bestehen.

6 Begründung

- 7 Derzeit ist es von Land zu Land und sogar Region zu Region ganz unterschiedlich, wie eine Fahrt
8 im ÖPNV bezahlt werden kann / muss (z.B. Bargeld beim Fahrer oder Automaten, online per
9 App., per Kreditkarte am Automaten oder Fahrer, unternehmensspezifische Zahlkarte, im Ta-
10 bakladen, SMS, landesspezifisches Zahlssystem). Wir wollen in Europa weiter zusammenwach-
11 sen. Bei den Roaminggebühren gibt es europaweite Regelungen, im Zahlungsverkehr haben wir
12 SEPA (Europäischer Zahlungsraum), perspektivisch den Euro in allen Mitgliedsländern, europäi-
13 sche Pässe, europäische Krankenversicherungskarte, uvm. Nur im ÖPNV haben wir Wildwuchs.
14 Alle Bürger*innen sollten in Europa einfacher reisen können. Dieses kann durch ein einheitli-
15 ches Zahlssystem erleichtert werden.

Antrag 2024/I/Eur/2

SPD Frauen

Der/Die Landesparteitag möge beschließen:

EU-Entgelttransparenzrichtlinie jetzt umsetzen!

- 1 Der Landesparteitag der SPD Hamburg möge beschließen und an den Bundesparteitag und
- 2 an die SPD-Bundestagsfraktion weiterleiten: Die EU-Entgelttransparenzrichtlinie (RL2023/970)
- 3 muss zügig in deutsches Gesetz überführt werden.

4 Begründung

- 5 Nur mit einem verbesserten Entgelttransparenzgesetz wird es gelingen, die Diskriminierung
- 6 am Arbeitsplatz durch die ungleiche Bezahlung für gleiche und vergleichbare Arbeit zu be-
- 7 enden und den Gender Pay Gap in Deutschland nachhaltig zu senken. Wir Frauen können
- 8 es nicht verstehen, wenn sich Deutschland mehr als 3 Jahre für die Umsetzung der EU-
- 9 Entgelttransparenzrichtlinie Zeit nimmt.

Kul Kultur**Antrag 2024/I/Kul/1****Jusos Hamburg****Der/Die Landesparteitag möge beschließen:****Kulturticket für Hamburgs Kinder**

1 Der Landesparteitag der SPD Hamburg möge beschließen: Die SPD-Bürgerschaftsfraktion so-
2 wie die sozialdemokratischen Mitglieder des Senats werden aufgefordert, ein Kulturticket ein-
3 führen, welches jährlich an alle Kinder, die die folgenden Kriterien erfüllen, vergeben wird: •
4 Das Kind ist minderjährig und • das Kind hat den Lebensmittelpunkt in Hamburg: • Es wohnt
5 in der Stadt • oder geht in Hamburg zur Schule (inkl. Berufsschule oder Hochschule/Universi-
6 tät). Staatsbürgerschaft oder Aufenthaltsstatus sollen keine Rolle spielen. Dies kann sich am
7 Modell des von der Ampelkoalition beschlossenen Kulturpasses orientieren, welches sich aller-
8 dings nur an 18-jährige richtet. Es soll über ein noch festzulegendes Guthaben verfügen, wel-
9 ches bei allen städtischen und sonstigen öffentlichen Bildungs- und Freizeiteinrichtungen der
10 Stadt, oder in Buch- und Musikgeschäften eingelöst werden kann. Das Guthaben soll am Ende
11 des Jahres verfallen.

12 Begründung

13 Kinder sollen unabhängig von ihrer Herkunft und ihrer familiären Situation die Möglichkeit zur
14 sozialen Teilhabe und Nutzung öffentlicher Einrichtungen haben. Gerade für finanziell schlech-
15 ter gestellte Familien ist allerdings der Besuch eines Schwimmbads, Museums, Theaters oder
16 auch des DOMs, des Kinos, des Miniaturwunderlands o. ä. nicht bezahlbar. Allerdings sollen
17 auch besser situierte Familien von einem solchen Kulturticket profitieren können. Deshalb ist
18 der von der Ampelkoalition beschlossene Kulturpass eine gute und richtige Maßnahme, die
19 allerdings nur an 18-jährige gerichtet ist. Wir sind der Ansicht, dass alle Kinder davon profitie-
20 ren würden. Laut Hamburger Melderegister lebten im Jahr 2021 etwa 318.000 Menschen unter
21 18 Jahren in Hamburg. Bei beispielhaften 60 Euro/Kind ergeben sich daraus an reinen Ticket-
22 kosten ca. 19 Mio Euro. Dem hinzuzufügen wären noch administrative Kosten etc. Jedoch gilt
23 zu beachten, dass das Geld nicht bei den Kindern verbliebe, sondern diese es optimalerweise
24 in öffentlichen Einrichtungen ausgeben, wodurch diese ihrerseits gefördert würden. Hierdurch
25 ergäbe sich auch die Möglichkeit, zu erforschen welche Einrichtungen besonders beliebt sind,
26 auch aufgeschlüsselt nach den demographischen Profilen ihrer Nutzer*innen. Somit ergäben
27 sich belastbare Daten, um zielgruppengerecht weiter zu fördern. Wenn das Geld in Buch- oder
28 Musikgeschäften ausgegeben würde, wäre dies eine Stärkung ebenjener Geschäfte und eine
29 Investition in die kulturelle Entwicklung der Kinder der Stadt.

30 In einfacher Sprache

31 Schwimmbäder, Museen, Kino- oder DOM-Besuche und so weiter sind oft teuer. Gerade für
32 Kinder aus ärmeren Familien stellt das oft ein Problem dar. Sie können vielleicht nichts mit
33 Freund*innen oder ihrer Familie unternehmen. Dabei haben grundsätzlich alle Kinder das Be-
34 dürfnis, etwas zu erleben. Soziale Teilhabe ist auch wichtig für ihre Entwicklung. Deshalb schla-
35 gen wir ein Ticket vor, das jedem Kind die Möglichkeit gibt, um genau das zu tun. Auf dem Ticket
36 soll ein Guthaben sein. Dieses kann das Kind bei öffentlichen Einrichtungen über das ganze Jahr
37 hinweg einlösen. Wir schlagen ein Guthaben von 60 Euro im Jahr vor, was 5 Euro im Monat ent-
38 spricht.

Wi/Steu Wirtschaft / Steuern

Antrag 2024/I/Wi/Steu/1

Jusos Hamburg

Der/Die Landesparteitag möge beschließen:

„Tax the rich - not the poor“ - Abschaffung der Gebühren bei Auszahlung des Arbeitslosengelds II/Bürgergeld und Kindergeld.

1 Der Landesparteitag möge zur Weiterleitung an den Bundesparteitag beschließen:

2 1) die Kosten, die durch die Postbank, Deutsche Bank und durch die Kassenautomaten des Ar-
3 beitsamtes erhoben werden, bei einer Auszahlung des Arbeitslosengelds II/Bürgergeld, sollen
4 abgeschafft werden, 2) die Gebühren bei einer Auszahlung des Kindergelds sollen abgeschafft
5 werden.

6 **Begründung**

7

8 Personen, die sich entscheiden, ihr Arbeitslosengeld II auszahlen zu lassen, müssen eine Ge-
9 bühr von 2,85 Euro an den Kassenautomaten des Arbeitsamtes zahlen. Nicht jedes Jobcenter
10 verfügt über eine Kassenautomaten, sodass das Arbeitslosengeld II über ein Barcheck bei der
11 Postbank/Deutschen Bank abgehoben werden kann. Über diese ZzV-Barchecks (Zahlungsan-
12 weisung zur Verrechnung) kann auch das Kindergeld bei einer Postbank/ Deutschen Bank Fi-
13 liale ausgezahlt werden. Die Bank erhebt dabei eine Gebühr, die sich nach der Auszahlungs-
14 summe richtet. Bei der Auszahlung eines Betrags zwischen 250-500 Euro entsteht eine Gebühr
15 von 5 Euro. Bei der Auszahlung des Maximalbetrages von 1.500 Euro werden 7,50 Euro als Bear-
16beitungsgebühr von der Bank einbehalten.

17 Die Erhebung einer Gebühr richtet sich gegen finanziell benachteiligte Personen und bereichert
18 sich unter dem Deckmantel einer Bearbeitungsgebühr pauschal an Menschen, die auf jeden
19 Euro angewiesen sind

Bez Bezirke**Antrag 2024/I/Bez/1****Landesvorstand****Der/Die Landesparteitag möge beschließen:****Leitantrag: Hier für Hamburg – in den Bezirken und der ganzen Stadt**

1 Auch wenn die Zeiten weltweit unruhiger geworden sind – Hamburg steht gut da. Unsere Stadt
2 wurde im zurückliegenden Jahrzehnt gut regiert, ist vergleichsweise glimpflich durch die gro-
3 ßen Krisen gekommen und steht heute im Vergleich der Bundesländer ganz weit vorne. Dies
4 ist ein Erfolg der SPD Hamburg, die seit 2011 für verlässliche Regierungspolitik, die sachgerech-
5 te Lösung von Problemen und eine positive und nachhaltige Entwicklung Hamburgs steht. Die
6 SPD ruht sich nicht auf den Erfolgen der Vergangenheit aus, sondern ist heute für die Stadt da
7 und sorgt dafür, dass sich das Leben in Hamburg gut weiterentwickelt. Dies gilt in allen sie-
8 ben Bezirken, in allen 104 Stadtteilen. Überall ist die SPD präsent, überall sind wir aktiv, überall
9 packen wir an. Deshalb können wir selbstbewusst sagen: Wir sind hier für Hamburg! Bei der
10 Bezirkswahl 2024 geht es um wichtige Weichenstellungen für das alltägliche Leben der Ham-
11 burgerinnen und Hamburger. Die Wahl ist wichtig, damit in den Bezirken die politischen Kräfte
12 Gestaltungsmöglichkeit erhalten, die damit auch etwas anfangen können. Und sie ist wichtig,
13 damit rechts-extreme Kräfte nicht Einfluss gewinnen und ihre menschenverachtenden Pläne
14 umsetzen können. Dies gilt für Hamburg und genauso für die Europäische Union, denn zeit-
15 gleich wird am 9. Juni auch das neue Europaparlament gewählt.

16 **Hier für starke Bezirke** Als Hamburg-Partei liegen uns alle sieben Bezirke gleichermaßen am
17 Herzen. Deswegen war und ist das Wahlversprechen von 2020 „Die ganze Stadt im Blick“ die
18 Richtschnur für unsere Politik. Gerade jetzt kommt es darauf an, **dass der Staat vor Ort funk-**
19 **tioniert.** Hierfür sind die Bezirksverwaltungen als erster Ansprechpartner der Bürgerinnen und
20 Bürger besonders gefordert: Sie setzen die gesetzlichen Vorgaben um und achten auf deren
21 Einhaltung, sie unterstützen und ermöglichen. Zielbild unserer Bezirksverwaltungen ist es, ge-
22 sellschaftliches Engagement zu fördern, lebenswerte Nachbar-schaften zu schaffen, eine nach-
23 haltige und chancengerechte Stadt zu gestalten und bürgernahe Dienstleistungen in allen Le-
24 benslagen anzubieten. Unser Anspruch an Verwaltung ist, dass die Menschen, für die sie da
25 ist, verstehen, wie und aus welchen Gründen Entscheidungen getroffen werden. Eine klare und
26 umfassende Kommunikation ist hierfür die notwendige Voraussetzung. Wir haben die Bezirke
27 daher auch finanziell erheblich gestärkt. Mit dem Haushalt 2023/2024 wurde die Finanzierung
28 der Bezirkshaushalte neu aufgestellt. Sie gibt den Bezirksämtern Planungssicherheit, indem
29 der Haushaltsansatz um rund zehn Prozent gesteigert und das Personal ausfinanziert wurde.
30 Mit einer umfangreichen Personalgewinnungskampagne sorgen wir dafür, dass die Stellen in
31 den Bezirksämtern und ihren Dienststellen besetzt werden. Auf diesem Weg gehen wir weiter:
32 Seit 2013 haben die Bezirke mit dem Quartiersfonds ein wirksames Finanzierungsinstrument

33 in der Hand, mit dem zahlreiche wichtige und unerlässliche Angebote vor Ort unterstützt wer-
34 den können. Wir stocken die investiven Mittel in diesem Jahr um 2 Millionen Euro und die lau-
35 fenden Mittel ab dem Haushalt 2025 jährlich um eine Million Euro auf. Damit Bezirke als po-
36 litische Ebene handlungsfähig sind und bleiben, lehnen wir eine weitere Zentralisierung von
37 bezirklichen Aufgaben ab. Wir brauchen keinen neuen Landesbetrieb, sondern die notwendi-
38 ge personelle Ausstattung in den Bezirksämtern, um die dort zu erfüllenden Aufgaben auch
39 schultern zu können. Die wertvollste Ressource der Verwaltung vor Ort sind ihre Mitarbeiterin-
40 nen und Mitarbeiter. Der im aktuellen Tarifabschluss für die Länder auch auf unsere Initiative
41 hin vereinbarte Weg hin zu einer Zulage für bürgernahe Dienste in den Bezirken ist deshalb
42 ein besonderes Zeichen der Wertschätzung für die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Be-
43 zirksverwaltungen vor Ort. Dieser muss wie vereinbart 2025 in die Tat umgesetzt werden. Die
44 positive Entwicklung in den Bezirken lebt vom ehrenamtlichen Engagement. Wir sind dankbar
45 für die vielen Menschen, die sich in lokalen Vereinen und Initiativen um ihren Bezirk verdient
46 machen. Um dafür auch Mittel bereit zu stellen, wurde die Förderrichtlinie zur Stärkung des
47 bezirklichen Ehrenamts in Höhe von einer Million Euro verstetigt. Damit auch kleine Projek-
48 te nicht am Geld scheitern, wollen wir in den Bezirken ein Bürger*innenbudget einrichten, aus
49 dem man unkompliziert kleinere Geldbeträge für Projekte in der Nachbarschaft beantragen
50 kann.

51 **Hier für gutes Wohnen im Quartier** Dass man in Hamburg gut wohnen kann, hat viel mit der er-
52 folgreichen Wohnungsbaupolitik der SPD zu tun. Es gibt heute gut 100.000 Wohnungen mehr
53 als 2011 – eine so gute Bilanz hat in Deutschland keine andere Metropole. Trotz der aktuellen
54 Krise der Bauwirtschaft baut Hamburg weiter, vor allem Wohnungen mit günstiger Miete. Wir
55 machen den sozialen Wohnungsbau durch günstige Bau-zinsen noch attraktiver. In dem be-
56 kannten Drittmix steigt der Anteil der geförderten Wohnungen auf mindestens 35 Prozent,
57 die Dauer der Sozialbindung haben wir erhöht. Durch einen neuen dritten Förderweg schaffen
58 wir günstigen Wohnraum für Normalverdiener*innen. Im Ergebnis entstehen auch weiterhin
59 in allen Hamburger Bezirken neue Wohnungen. Damit das Bauen einfacher wird, verbessern
60 wir den digitalen Bauantrag und suchen nach weiteren Wegen, das Bauen zu beschleunigen
61 und damit kostengünstig zu ermöglichen. Fragt man die Hamburgerinnen und Hamburger, ob
62 sie gern in ihrem Stadtteil leben, wie es der Erste Bürgermeister Peter Tschentscher bei seinen
63 Stadtteildialogen regelmäßig tut, antworten fast alle mit ja. Das ist ein hohes Gut! Eine der
64 Grundlagen für dieses positive Lebensgefühl ist die Sicherheit, in Hamburg dauerhaft zu be-
65 zahlbaren Mieten wohnen zu können. Deswegen hat der SPD-geführte Senat das Bündnis für
66 das Wohnen gegründet und arbeitet dort mit der Wohnungswirtschaft im Interesse der Mie-
67 terinnen und Mieter partnerschaftlich zusammen. In Hamburg sichern das städtische Woh-
68 nungsunternehmen SAGA mit einem Wohnungsbestand von rund 141.000 Wohnungen, die
69 Genossenschaften und die verantwortungsvollen privaten Vermieterinnen und Vermieter ei-
70 ne sichere und bezahlbare Wohnraumversorgung ab. Mit verlässlichen politischen Rahmenbe-
71 dingungen und einer attraktiven Wohnraumförderung unterstützt die SPD auf allen Ebenen
72 dieses gute Wohnen. Wenn es dennoch zu Problemen bei den Wohnkosten kommt, hilft das
73 neue WohngeldPlus ganz direkt. Die SPD-geführte Bundesregierung hat zum 1. Januar 2023

74 die größte Wohngeldreform in der deutschen Geschichte in Kraft gesetzt. Hamburg setzt diese
75 Reform erfolgreich um, so dass sich die Zahl der Haushalte, die Wohngeld erhalten, bis zum
76 Jahresanfang 2024 bereits auf über 24.000 mehr als verdoppelt hat. Aber gutes Wohnen um-
77 fasst mehr als nur die eigenen vier Wände. Deswegen kümmern wir uns überall in Hamburg um
78 die städtische Infrastruktur. Das bedeutet nicht immer Neubau, sondern auch die gezielte Sa-
79 nierung von Jugendhäusern, Kitas, Straßen, Parks und Plätzen, um diese noch besser nutzbar
80 zu machen. Wir wollen, dass die Stadtteilzentren überall in Hamburg lebendig und attraktiv
81 sind und fördern gezielt Maßnahmen, die dazu beitragen. Mit dem Rahmenprogramm Inte-
82 grierte Stadtteilentwicklung unterstützt die Stadt in 31 Fördergebieten die Verbesserung des
83 unmittelbaren Lebensumfeldes. Der Stadtentwicklungsfonds Lebendige Quartiere der Stadt-
84 entwicklungsbehörde ist darüber hinaus ein Instrument der gezielten Förderung von einzelnen
85 Maßnahmen in dicht besiedelten Gebieten, um die Lebensqualität zu erhöhen und die Nach-
86 barschaften zu stärken. Wichtig ist uns dabei, den sozialen Zusammenhalt im Stadtteil im Blick
87 zu behalten und drohende Verdrängung zu verhindern. Deshalb überprüfen wir regelmäßig,
88 ob die bestehenden Sozialen Erhaltungsverordnungen in den Bezirken angepasst oder zusätz-
89 liche Gebiete durch neue Erhaltungsverordnungen geschützt werden müssen. Vor Ort sorgen
90 wir dafür, dass Sportangebote ausgebaut, Plätze saniert und Hallen für Sportvereine sowie Fit-
91 nessgeräte zum kostenlosen Sporttreiben für alle in Parks ausgebaut werden. Dabei achten wir
92 darauf, dass alle Bezirke berücksichtigt werden. Sechs lokale Gesundheitszentren in den Bezir-
93 ken werden bereits gefördert, um die medizinische Infrastruktur dezentral zu stärken. Der sieb-
94 te Standort in Harburg ist bereits in Planung. Zugleich ist uns die Stadtteilkultur wichtig. Wir
95 sichern die Arbeit der Stadtteilkulturzentren und setzen uns für eine faire Eingruppierung der
96 Beschäftigten ein. Und in welcher anderen Stadt kann man sonntags nach dem Tatort in eine
97 öffentliche Bücherhalle gehen und ein Buch entleihen? Weiterbildungsmöglichkeiten gibt es in
98 Hamburg ebenfalls in allen Bezirken: 17 Standorte der Volkshochschule bieten ihre Kurse an, so
99 dass niemand weit zu fahren braucht, um ein Angebot nutzen zu können. Die Stadt schont den
100 Geldbeutel gerade von Familien. Es gibt in Hamburg kostenlose Kita-Plätze, kostenlose Ganz-
101 tagsbetreuung und für Kinder aus Familien mit geringerem Einkommen auch ein kostenfreies
102 Mittagessen an Schulen.

103 **Hier für Bewegungsfreiheit** Wir entlasten Familien weiter, wenn ab dem 1. August 2024 al-
104 le Hamburger Schülerinnen und Schüler ein kostenloses Ticket für den ÖPNV erhalten. Die-
105 ses Ticket bedeutet aber nicht nur mehr Geld im Portemonnaie von Eltern, sondern zugleich
106 (Bewegungs-)Freiheit für junge Menschen: Sie fahren damit kostenlos, wohin sie wollen: zum
107 Sport, ins Kino, zu Freunden, zu Oma. Damit das auch in allen Stadtteilen gilt, baut Ham-
108 burg neue U- und S-Bahnlinien, verstärkt das Busliniennetz, probiert neue Angebote wie On-
109 Demand-Shuttles aus und setzt so Schritt für Schritt den „Hamburg-Takt“ um: Jede Hambur-
110 gerin und jeder Hamburger soll zukünftig überall in der Stadt von morgens bis abends inner-
111 halb von fünf Minuten ein öffentliches Verkehrsangebot nutzen können. Das ist gut für den
112 Klimaschutz und gut für die Bewegungsfreiheit. Mobilität muss für alle möglich und bezahl-
113 bar sein. Wir wollen Konflikte zwischen verschiedenen Verkehrsteilnehmer*innen entschärfen
114 und vermeiden. In Hamburg soll man gut zu Fuß gehen, Radfahren, den ÖPNV nutzen und Au-

115 to fahren können. Wir wissen: Das Auto wird auch in Zukunft eine bedeutende Rolle für den
116 Wirtschaftsverkehr spielen. Dort, wo Menschen auf ein eigenes Auto angewiesen sind, wer-
117 den sie auch in Zukunft eine funktionierende Infrastruktur vorfinden. Umso wichtiger ist der
118 Umstieg auf E-Autos, für die wir die Ladeinfrastruktur in ganz Hamburg erweitern. Da der Platz
119 in unserer Stadt aber nicht größer wird, profitieren auch Autofahrer*innen von einem starken
120 ÖPNV und gut ausgebauten Radwegen. Gerade in den äußeren Stadtteilen sehen und behe-
121 ben wir kontinuierlich den Nachholbedarf beim Ausbau des ÖPNV und seiner Taktfrequenzen,
122 von Radver-kehrsanlagen, guten Gehwegen und Bänken sowie attraktiven Bike+Ride-Anlagen
123 in den Quartieren.

124 **Hier für schlaue Köpfe** Hamburg hat viele Schulen in der ganzen Stadt saniert und baut in den
125 kommenden 10 bis 15 Jahren 44 neue Schulen in allen sieben Bezirken. Es sind außerdem über
126 100 Schulsanierungsmaßnahmen in Planung, so dass zu den bislang schon ausgegebenen 4
127 Milliarden Euro für Schulbau und -sanierung bis Ende der 2030er-Jahre weitere 5,5 Milliarden
128 Euro hinzukommen. Die SPD steht dafür ein, dass die Schullandschaft nicht in teure Privatschu-
129 len und heruntergekommene öffentliche Schulen zerfällt. In Hamburg kann man sich darauf
130 verlassen, dass die Schule im eigenen Stadtteil über gute Gebäude, ausreichend und gut ausge-
131 bildete Lehrkräfte und zeitgemäße Technik verfügt. Das merkt man: Hamburgs Schulen haben
132 die Lernqualität erfolgreich verbessert. Das beweisen die guten Platzierungen in Bildungsver-
133 gleichstests. Unser Motto: Du kannst Dich darauf verlassen, dass die Schule bei Dir um die Ecke
134 eine gute Schule ist. Hinzu kommt: Gute Bildung ist in Hamburg kostenlos und flächendeckend
135 im Ganzttag verfügbar. Bildung beginnt schon in der Kita und Sprache ist dafür ein wichtiger
136 Schlüssel. Wir haben aus Landesmitteln die erfolgreichen Sprachkitas gerettet, nachdem die
137 Bundesfinanzierung ausgelaufen ist. Deswegen gibt es auch heute noch frühkindliche Sprach-
138 förderung in 340 Hamburger Kitas. Hambur-ger Kitas sind auch deswegen erfolgreich, weil sie
139 eng mit Schulen zusammenarbeiten. Ein Schlüssel für den Bildungserfolg Hamburger Schüle-
140 rinnen und Schüler ist die frühzeitige Feststellung von Förderbedarfen schon im Kita-Alter. Die-
141 ses Angebot sichern wir auch in Zukunft und ebnen damit Kin-dern mit weniger guten Start-
142 chancen den Weg in eine erfolgreiche Schullaufbahn. Wir stehen zum Schulfrieden und wollen
143 ihn verlängern. Die Erfolge in der Schulpolitik basieren darauf, dass sich alle Akteure an unse-
144 ren Schulen auf die Verbesserung von Qualität und den Ausbau von Quantität konzentrieren
145 konnten. Das aktuelle zweigliedrige Schulsystem ermöglicht allen Familien Wahlfreiheit und
146 bietet verschiedene Wege zum gewünschten Schulabschluss. Es gibt keinen Grund, daran et-
147 was zu ändern, denn jede Schulreform bedeutet jahrelange Umsetzungsanstrengungen mit
148 viel Unruhe für Lehrer*innen und Schüler*innen.

149 **Hier für gute Arbeit und eine starke Wirtschaft** Hamburg geht es wirtschaftlich gut. Im Ver-
150 gleich mit den meisten anderen Bundesländern gibt es hier ein überdurchschnittliches Wirt-
151 schaftswachstum und höhere Einkommen. Deshalb können wir uns Kultur, Sportangebote, den
152 ÖPNV-Ausbau und gute Löhne leisten. Hier in Hamburg findet jeder und jede eine gute Arbeit,
153 vom Startup bis zum Industriebetrieb. Noch nie haben so viele Hamburgerinnen und Hambur-
154 ger (über eine Million) daran gearbeitet, dass in Hamburg die Ideen für morgen – Wasserkraft,
155 Wärmenetze, autonomes Fahren – entstehen und umgesetzt werden. Das schützt das Klima

156 und sorgt dafür, dass wir auch in der Zukunft gut in Hamburg leben können. Nur die SPD hat
157 Wirtschaft und Arbeit im Blick, nur die SPD sorgt für den Ausgleich von sozialer und ökonomi-
158 scher Vernunft und behält die Teilhabe aller am Wohlstand im Blick.

159 **Hier für Dich** Politik lebt vom **Dialog mit den Bürgerinnen und Bürgern**. Wir werden in allen Be-
160 zirken weiterhin dafür Sorge tragen, mit den Menschen unserer Stadt im Gespräch zu bleiben.
161 Es ist unsere Aufgabe, frühzeitig offenzulegen und zu vermitteln, in welchem Umfang Bürger-
162 beteiligung – von reinen Informationsveranstaltungen bis zu einer Sachentscheidung vor Ort
163 – durchgeführt werden kann und auf welcher politischen Ebene (Bezirk, Land, Bund) und durch
164 wen Entscheidungen getroffen werden. Wir sehen es auch als unsere Aufgabe an, dafür zu sor-
165 gen, dass dabei auch jene Bevölke-rungsgruppen Gehör finden, die bislang weniger stark an Be-
166 teiligungsmöglichkeiten teilnehmen. Hamburg bleibt dann die lebenswerteste Stadt Deutsch-
167 lands, wenn wir uns gemeinsam einbringen. Die Zusammenarbeit zwischen Politik, Wirtschaft,
168 Zivilgesellschaft, Wissenschaft, Kultur und Sport funktioniert in den allermeisten Fällen gut.
169 Das ist unsere Stärke und für diese Form von Teamarbeit steht die SPD Hamburg. Alle leisten
170 einen Beitrag – vom Sprachkursleiter über die Polizistin und den Mitarbeiter im Kundenservice
171 bis zum hochspezialisierten Halbleiterhersteller – damit wir auch in Zukunft gemeinschaftlich,
172 friedlich, gesund und gerecht in Hamburg leben können.

Org Organisation

Antrag 2024/I/Org/1

SPD Frauen Hamburg

Der/Die Landesparteitag möge beschließen:

Ehrenamtliche Arbeit in der SPD unterstützen und effektiver machen

- 1 Der Landesparteitag möge beschließen, die Ehrenamtliche Arbeit der Genossinnen und Genos-
- 2 sen in Funktion besser zu unterstützen, indem
- 3 • Eine Person als Organisationsbeauftragt*er, die in der Landesorganisation angestellt ist,
- 4 ein Zeitkontingent von mindestens 10 Stunden/ Woche für die Unterstützung ehrenamt-
- 5 licher Arbeit erhält, die koordiniert dass:
- 6 • Für das KuSchu und alle Kreishäuser Handreichungen erstellt werden, wie den Ehren-
- 7 amtlichen Zugang erteilt wird und welche administrativen Schritte bei Veranstaltungen
- 8 einzuhalten sind. Hierfür sollen darüber hinaus technische Lösungen entwickelt werden,
- 9 die das Abholen von Schlüsseln während der Arbeitszeit oder die Erfordernis von zusätz-
- 10 lichen „Pförtner*innen-Stunden“ entfallen lassen
- 11 • Zusätzlich enthält diese Handreichung (=Handbuch) alle notwendigen Informationen für
- 12 die ehrenamtlichen Funktionsträgerinnen, die sie für ihre Aufgaben benötigen (Haupt-
- 13 amtliche Ansprechpartner*innen samt Aufgaben und Zuständigkeiten für bestimmte Or-
- 14 ganisationseinheiten, Abläufe, regelmäßige Termine usw.) Für dieses Handbuch ist eine
- 15 Verantwortung z.B. bei o.g. organisationsbeauftragte*r Person zu definieren, damit die
- 16 Informationen immer aktuell sind.
- 17 • Im KuSchu und an jedem Kreishaus ein Briefkasten für Verbesserungsvorschläge, die die
- 18 Arbeit der Ehrenamtlichen effektiver machen, installiert wird. Ebenso soll zentral eine E-
- 19 Mail für solche Vorschläge eingerichtet werden.
- 20 • Ein Prozess zur Weiterentwicklung der Aufgaben an der/ des Organisationsbeauftragten
- 21 entwickelt wird.

22 Begründung

23 Besonders in Zeiten leerer Kassen ist es wichtig, dass die ehrenamtliche Arbeit so effektiv wie
24 möglich genutzt werden kann. Darüber hinaus sollten Ehrenamtliche auch die Erfahrung funk-
25 tionsfähiger Strukturen machen, die ihre Arbeit bestmöglich unterstützen, da die zeitlichen
26 Ressourcen für das Ehrenamt nicht mit Organisationsaufwand, sondern mit öffentlichkeits-
27 wirksamer und inhaltlicher Arbeit gefüllt sein sollte. Das funktioniert aktuell nicht immer. Der
28 Grund: Ehrenamtliche werden eingearbeitet (was zeitlichen Aufwand bei 2 Personen erfor-
29 dert und wofür es keine Standards gibt – also auch in der Qualitätsentwicklung unwägbare ist).

30 Oft gibt es jedoch keinerlei Einführung und sehr viele Ehrenamtliche müssen erst mühselig
31 selbst Grundlagen der Parteistruktur und der administrativen und organisatorischen Unter-
32 stützungsmöglichkeiten sammeln. Das können wir uns nicht länger leisten! Hier muss konti-
33 nuierlich und strukturiert Abhilfe geschaffen werden.

Antrag 2024/I/Org/2**AfA****Der/Die Landesparteitag möge beschließen:****Sensibler Umgang mit Sponsoring**

- 1 Alle SPD Mitglieder, insbesondere Mandatsträger*innen, werden aufgefordert, im Umgang mit
2 Sponsor*innen darauf zu achten, dass diese sich persönlich und geschäftlich im Rahmen der
3 sozialdemokratischen Grundsätze und Ziele bewegen. Dazu gehört, dass von nicht tarifgebun-
4 denen Unternehmen keine Sponsorengelder angenommen werden.

5 Begründung

- 6 Zum Arbeitnehmer*innen-Empfang des Senats am 08.05. 2023 war auch der Thalia-
7 Betriebsratsvorsitzende des Betriebs Hamburg eingeladen, um von der Situation zu berichten,
8 nachdem das Unternehmen im Jahr 2022 aus dem Branchentarifvertrag ausgestiegen ist. Jan
9 Koltze, Sprecher der SPD-Bürgerschaftsfraktion für Arbeit und Gewerkschaften, äußerte sich
10 seinerzeit: "Die Tariffucht von Thalia ist ein Skandal. ... Wir fordern die Unternehmensleitung
11 des Thalia-Konzerns daher mit Nachdruck auf, die Tariffucht zurückzunehmen und in der Ta-
12 rifbindung zu bleiben. Wir stehen an der Seite der Beschäftigten. ..." Auf dem SPD Landespar-
13 teitag Anfang Juni 2023 sammelte die AfA Unterschriften für eine ver.di Petition mit dem Titel:
14 "Tarifbindung bei Thalia: JETZT". Nahezu alle Landesdelegierten, die um ihre Unterschrift ge-
15 beten wurden, gaben diese. Tarifbindung ist eines der grundsätzlichen Ziele der Sozialdemo-
16 kratie. Kurz nach dem SPD-Landesparteitag fand das Schulschachturnier "Rechtes Alsterufer
17 gegen Linkes Alsterufer" statt. In den Pressemitteilungen auf hamburg.de findet man dazu fol-
18 genden Beitrag: " ... Hamburgs Erster Bürgermeister Dr. Peter Tschentscher ließ es sich nicht
19 nehmen, höchstpersönlich das größte Schulschachturnier der Welt zu eröffnen. Ihm zur Seite
20 standen die beiden Hauptsponsoren Johannes Brancke, Thalia Vertriebsdirektor Nord/Ost, ...".
21 Fotos vom Thalia Vertriebsdirektor neben dem Hamburger Bürgermeister erschienen in allen
22 Medien. Beim Bürgerfest des Bundespräsidenten im September 2023 gestaltete Thalia die „Le-
23 sewiese“ im Park des Schlosses Bellevue in Berlin. Der Bundespräsident schmökerte in Thalia-
24 Büchern, las den Kindern vor und Thalia Logos waren überall zu sehen. Ein Video davon steht in
25 der Thalia Firmenchronik. Passt die „Zusammenarbeit“ mit einem Unternehmen, dass aus dem
26 Tarifvertrag ausgestiegen ist, zur SPD-Forderung „Tarifbindung für alle Beschäftigten“?
- 27 Wir meinen NEIN.

Antrag 2024/I/Org/3**Distrikt Billstedt****Der/Die Landesparteitag möge beschließen:****Die sozialen Medien nicht den Rechten überlassen!**

1 Der Landesparteitag der SPD Hamburg möge zur Weiterleitung an die Landesorganisation der
2 SPD Hamburg beschließen:

3 Die SPD-Landesorganisation Hamburg soll eine zusätzliche Teilzeitstelle im Bereich Öffentlich-
4 keitsarbeit für Social Media schaffen, um insbesondere im Bezirks- und Europawahlkampf ta-
5 gesaktuell und spontan auf politische Entwicklungen zu reagieren und die ehrenamtliche Ar-
6 beit von aktiven Genoss*innen auf Social Media zu unterstützen.

7 Begründung

8 Mittlerweile sind politische Kurzvideos auf Social Media (bspw. Instagram, TikTok) allgegen-
9 wärtig. Da die Digitalisierung zunehmend den politischen Diskurs prägt und soziale Medien
10 zu einem entscheidenden Instrument für die politische Kommunikation und den demokrati-
11 schen Diskurs geworden sind, ist unbestreitbar.

12 Die Schaffung einer zusätzlichen Teilzeitstelle für den Bereich Social Media der SPD Landesor-
13 ganisation Hamburg, welche die Möglichkeit bietet, aktuelle politische Entwicklungen zeitnah
14 zu kommentieren und auf die Anliegen der Bürger*innen in verschiedenen Formaten einzuge-
15 hen, ist nun zeitgemäß geworden, um als SPD Hamburg nicht ins Hintertreffen zu geraten.

16 Einige aktive Genoss*innen widmen sich dieser Aufgabe bereits. Sie müssen professionell un-
17 terstützt werden. Es könnten beispielsweise mehr Inhalte von Genoss*innen geteilt werden
18 und der gemeinsame Kampf gegen Hasskommentare intensiviert werden.

19 Eine konstante und qualitativ hochwertige Kommunikation sowie eine gezielte, professionelle
20 Pflege unserer Online-Präsenz ist unerlässlich, um unsere politischen Botschaften zielgerich-
21 tet zu verbreiten und Menschen mit unseren Kernthemen mitzunehmen. Durch den direkten
22 Austausch in den sozialen Medien können wir auf die Anliegen und Meinungen der Menschen
23 eingehen und eine lebendige, demokratische Diskussion fördern.

24 Insbesondere im Bezirks- und Europawahlkampf kann und muss es uns durch eine verstärkte
25 Präsenz in den sozialen Medien gelingen, die Reichweite der SPD Hamburg zu erhöhen. Dies
26 ist von entscheidender Bedeutung, um diverse Zielgruppen zu erreichen, insbesondere junge
27 Menschen, die vermehrt über digitale Kanäle politisch erreichbar sind. Eine stärkere Präsenz
28 in sozialen Medien kann die Attraktivität der SPD für neue Mitglieder, Unterstützer*innen und

- 29 Wähler*innen steigern. Dies fördert nicht nur die Aktualität unserer politischen Positionen, son-
30 dern auch die Transparenz unserer Arbeit.

Antrag 2024/I/Org/4**Jusos Hamburg****Der/Die Landesparteitag möge beschließen:****Wir müssen reden: Zu aktuellen und wichtigen Themen brauchen wir Informationen**

- 1 Der Landesparteitag der SPD Hamburg möge beschließen: Der Landesvorstand wird aufgefor-
2 dert, zu aktuellen und wichtigen Themen auf allen parlamentarischen Ebenen, insbesondere
3 solche mit Bezug zur Stadt Hamburg, Stellungnahmen in verständlicher Sprache zu verfassen
4 (Fact-Sheet), welche als Grundlage für Diskussionen an Infoständen oder bei anderen Forma-
5 ten des Bürger*innendialogs benutzt werden können. Dafür hat der Landesvorstand zu antizi-
6 pieren, zu welchen Themen Informationsmaterial erforderlich sein wird. Außerdem sollen die
7 Kreisvorstände sowie Arbeitsgemeinschaften auf Landesebene die Möglichkeit haben, per Be-
8 schluss Informationsmaterial einzufordern (Bestellerprinzip). Bei der Erstellung der Fact-Sheets
9 sollen die Fachsprecher*innen der Bürgerschafts- bzw. Bezirksversammlungsfraktionen sowie
10 die Hamburger Abgeordneten des Bundestages und des Europaparlaments beteiligt werden.
11 Die Erstellung des Fact-Sheets kann an andere Teile der Landesorganisation delegiert werden.
12 Durch den Landesvorstand ist eine einheitliche Vorlage zu erstellen, die sich an folgenden Maß-
13 gaben orientieren soll: - Umfang von höchstens zwei DIN-A4-Seiten. - Wo möglich, soll ein
14 Frage-Antwort-Prinzip verwendet werden. - Es soll zu jedem Thema ein*e Ansprechpartner*in
15 angegeben werden.
- 16 Das Fact-Sheet soll an alle Kreis- und Distriktvorstände sowie die Vorstände der Arbeitsge-
17 meinschaften auf Landesebene zur weiteren Verwendung versandt werden. Die Anfertigung
18 soll schnellstmöglich, im Regelfall innerhalb einer Woche ab Kenntnis oder Bestellung erfolgen.
19 Die Priorisierung obliegt dem Landesvorstand, unter der Prämisse, dass das Informationsma-
20 terial zum Zeitpunkt der Diskussion vorliegt.

21 Begründung

- 22 Der jüngst medial sehr präsente Verkauf von Anteilen am Container-Terminal Tollerort im Ham-
23 burger Hafen hat viel Unmut sowohl in der Öffentlichkeit als auch unter Parteimitgliedern er-
24 zeugt. Die Jusos haben sich klar gegen den Verkauf positioniert. Selbst Abgeordnete verschie-
25 dener Häuser sollen beklagt haben nicht vollumfänglich über die Details und Positionen in-
26 formiert zu sein. Angesichts der öffentlich bemängelten Umstände („kein Verkauf kritischer
27 Infrastruktur“, „kein Verkauf an Diktaturen“, „nicht von Diktaturen abhängig machen lassen“
28 etc.) war das (im Kreis Harburg) am 1.11.22 verbreitete „Fact Sheet“ mit dem Titel „Chinesische
29 Investitionen in Hamburg: Fakten zur Kooperation zwischen der Hamburger Hafen- und Logis-
30 tik AG und COSCO Shipping Ports Ltd.“ vom Genossen Hansjörg Schmidt eine willkommene
31 Stütze. Derartige Kommunikation sollte in Zukunft mindestens auf Landes-, aber idealerweise

32 auf allen Ebenen durch den Parteivorstand an die Mitglieder übergeben werden, denn diese
33 stehen häufig auf der Straße Rede und Antwort. Selbst wenn sie nicht derselben Meinung sein
34 mögen, sollten sie die Position der Partei kennen.

35 In einfacher Sprache:

36 Die SPD regiert auf allen Ebenen in Deutschland. Häufig werden Entscheidungen getroffen, die
37 nicht alle Mitglieder der Partei nachvollziehen können. Auch werden häufig Positionen vertre-
38 ten, die nicht alle Mitglieder haben. Wenn diese Mitglieder aber an Infoständen oder anderswo
39 diese Positionen oder Entscheidungen gegenüber Bürger*innen rechtfertigen sollen, müssen
40 sie sie verstehen und nachvollziehen können. Deshalb soll der Landesvorstand bei besonders
41 wichtigen und aktuellen Themen Zusammenfassungen an die Kreis- und Distriktsvorstände
42 geben, an denen sie sich orientieren können.

AUSSEN Außenpolitik**Antrag 2024/I/AUSSEN/1****Kreis Nord****Der/Die Landesparteitag möge beschließen:****Leben retten - keine Abschiebungen von Jesid*innen in den Irak**

1 Der Landesparteitag der SPD Hamburg möge zur Weiterleitung an den Bundesparteitag der
2 SPD und Punkt 2 an die SPD-Bundestagsfraktion beschließen:

3 1. Der Senat der Freien und Hansestadt Hamburg wird aufgefordert, einen sofortigen Abschie-
4 bestopp für Jesid*innen in den Irak zu verhängen und sich auf Bundesebene für einen langfris-
5 tigen Schutz vor Abschiebungen aller in Deutschland lebenden Jesid*innen einzusetzen.

6 2. Die SPD-Bundestagsfraktion wird aufgefordert a. zu prüfen, ob die Frist, bis zu der Jesid*in-
7 nen in Deutschland automatisch Schutz erhalten haben, bis zum 31.12.2024 verlängert werden
8 kann und falls nicht, eine neue Stichtagsregelung zu schaffen, die einen ähnlichen Schutz ge-
9 währleistet.

10 b. zu prüfen, ob ein genereller bundesweiter Abschiebestopp über diese Frist hinaus möglich
11 ist und wenn ja, ihn zeitnah im Bundestag zu beschließen.

12 Begründung

13 Content Note/Inhaltswarning: (Sexualisierte) Gewalt und Genozid

14 2014 tötete der sog. IS im Nordirak schätzungsweise 5.000-10.000 Jesid*innen. Tausende Frau-
15 en und Kinder wurden verschleppt, versklavt oder vergewaltigt. Zwischen 2014 und 2017 galten
16 Jesid*innen als verfolgt und akut gefährdet. Dadurch hatten sie in Deutschland einen fast si-
17 cheren Anspruch auf Asyl. Seit 2017 gilt der IS im Nordirak als vertrieben. Doch sicher ist der
18 Nordirak nicht. Zwar spielt die Terrormiliz in der Region keine große Rolle mehr, doch gibt es
19 in der Region immer wieder bewaffnete Kämpfe um die Vorherrschaft zwischen unterschiedli-
20 chen Gruppen. Frieden gibt es im Nordirak nicht und wird es vermutlich auch nicht in näherer
21 Zukunft geben. In diesem Umfeld besteht gerade für Jesid*innen, die im Irak kaum als gleich-
22 wertige Mitglieder der Gesellschaft akzeptiert werden, weiterhin Lebensgefahr. Die Abschie-
23 bung von Jesid*innen in den Irak ist unmittelbar auch die Abschiebung von Menschen in einen
24 Staat, welcher ihnen keine Menschenrechte verspricht.

25 Zu Beginn des Jahres 2023 hatte die Bundesregierung den Völkermord an den Jesid*innen aner-
26 kannt, noch im Frühjahr Abschiebungen in den Irak als unzumutbar bezeichnet. Spätestens aus
27 der Einstufung der Massaker an den Jesid*innen als Genozid ergibt sich daher ein humanitäres
28 Bleiberecht.

29 Menschen, die erst Jahre nach dem Genozid, aber genauso aus einer humanitären Notlage her-
30 aus geflohen sind, bekommen in Deutschland keinen pauschalen Schutz mehr. Nun bestimmen
31 Einzelfallentscheidungen von Gerichten, ob ein*e Jesid*in in den Irak abgeschoben wird oder
32 nicht, da ein Lagebild des Auswärtigen Amtes in Teilen des Iraks nicht mehr von einer gruppen-
33 mäßigen Verfolgung der Jesid*innen ausgeht. Diese Einzelentscheidungen können und dürfen
34 nicht der Weg sein! Jesid*innen, die von einer Abschiebung in den Irak betroffen sind, verlieren
35 ihr Zuhause, ihre Peers, ihre Sicherheit und Menschenrechte.

36 400.000 Jesid*innen sind vor dem Genozid aus dem Irak und Syrien geflohen. Heute leben
37 100.000-200.000 Jesid*innen in Deutschland. Damit bietet Deutschland der größten jesidi-
38 schen Diaspora eine neue Heimat.

39 Die Länder Berlin und Nordrhein-Westfalen und Thüringen haben auf Länderebene bereits Ab-
40 schiebestopps beschlossen, in NRW gilt dieser speziell für Jesid*innen. Wir brauchen diesen
41 Abschiebestopp bundesweit, nun muss aber auch Hamburg zügig vorangehen und Jesidisches
42 Leben schützen!

Sport Sport

Antrag 2024/I/Sport/1

Kreis Altona

Der/Die Landesparteitag möge beschließen:

E-SPORTS-STANDORT HAMBURG

- 1 Der Landesparteitag möge beschließen:
- 2 Die Hamburger SPD-Senatsmitglieder und die SPD-Bürgerschaftsabgeordneten werden aufge-
3 fordert, sich für die folgenden Maßnahmen einzusetzen, um Hamburg als e-Sport Standort zu
4 etablieren. Dabei wird auf die Maßnahmen Bezug genommen, die auch von dem in Auftrag
5 gegeben Gutachten: der im Auftrag der Behörde für Wirtschaft und Innovation der freien und
6 Hansestadt Hamburg (BWI): „Analyse der e-Sports Standortes Hamburg Ökonomische Rele-
7 vanz“ ermittelt wurden:
- 8 1. Strukturen schaffen, um in Hamburg das regionalökonomische Potenzial von E-Sports zu nut-
9 zen. Eine strategische Positionierung und gezielte Maßnahmen könnten Hamburg als bedeu-
10 tenden E-Sports-Standort mit dem zukünftigen Schwerpunkt Breitensport in Deutschland eta-
11 blieren und europaweit sichtbar machen . Dafür ist es entscheidend, dass die Hamburger Ak-
12 teure in verschiedenen Handlungsfeldern tätig werden. Es gilt, Strukturen zu schaffen, um die
13 Interessen der E-Sports-Akteure zu bündeln und eine gemeinsame Strategie zu entwickeln, da
14 bisher eine einheitliche Vernetzung und Ausrichtung fehlen . Es könnte mit der Errichtung von
15 öffentlichen Spielmöglichkeiten gestartet werden.
- 16 2. Behördenübergreifender Austausch zur Koordination etablieren: E-Sports adressiert unter-
17 schiedliche Ressorts der Hamburger Verwaltung. So gibt es wirtschaftliche Potenziale und
18 Komponenten, die dem klassischen Sport nah sind . Ebenso sind kulturelle und Aspekte zu
19 beobachten, weil E-Sports die Haupt-Freizeitbeschäftigung vieler junger Menschen darstellt,
20 wodurch sich auch bildungspolitische Anknüpfungspunkte identifizieren lassen. Daher kann
21 E-Sports nicht singulär betrachtet werden, sondern muss abgestimmt bearbeitet werden.
- 22 3. Zuständige Ansprechstelle benennen: Die Zuständigkeit für E-Sports ist in der Hamburger
23 Verwaltung noch nicht festgelegt . Dies soll erfolgen, um eine effiziente Steuerung des Themas
24 zu erreichen.
- 25 4. Umsetzung konkreter Maßnahmen, die sich positiv auf den E-Sport-Standort Hamburg aus-
26 wirken. Hierbei können sowohl öffentliche und privatwirtschaftliche aber auch gesellschaft-
27 liche Akteure tätig werden. Initiativen bei denen die finanzielle und organisatorische Un-
28 terstützung geprüft werden sollte, sind beispielsweise, die der EU-Arbeitsgemeinschaft »Eu-
29 ropean Grassroots Esports“. Ziel ist die Förderung der sportlichen Werte Gesundheit, Inte-
30 gration, Respekt und Verantwortung durch die Entwicklung und Verbreitung von E-Sport-

31 Basiseinrichtungen als Konzept und Modell in ganz Europa . Im Rahmen eines Pilotprojek-
32 tes wurde play-eS Hansespiel e.V Hamburg (gemeinnützig) .zusammen mit Breitensport-
33 Initiativen, insbesondere staatlichen, aus Dänemark, Ungarn, Norwegen und Niederlande be-
34 auftragt Empfehlungen und Aktivitäten zu entwickeln und die ersten europäischen E-Sport-
35 Schulmeisterschaften auszurichten . Eine Förderung von play-eS e. V. in diesem Zusammen-
36 hang, die auch die wissenschaftliche Begleitung beinhaltet, würden sich äußert positiv auf E-
37 Sport-Standort Hamburg auswirken.

38 **Begründung**

39 „E-Sports“ oder auch „elektronischer Sport“ steht für einen organisierten Wettkampf von
40 Teams (Multiplayermodus) oder Einzelpersonen (Singleplayermodus) in Video- und Computer-
41 spielen oder digitalen Inhalten auf entsprechenden Spielekonsolen, Computern, Mobilgeräten
42 oder digitalen Plattformen. Hierbei steht, wie auch in klassischen Sportarten, der Wettkampf
43 im Vordergrund, im Rahmen dessen sich unterschiedliche Spielende innerhalb einer oder meh-
44 rerer Disziplinen gegenüberstehen.

45 Hamburg hat die Standortvorteile das regionalökonomische Potenzial von E-Sports zu nut-zen.
46 Dafür muss ein genereller Wille für die Unterstützung und Weiterentwicklung des Themas in
47 Hamburg gebildet und darauf aufbauend konkrete Maßnahmen definiert werden. Beispiele
48 aus der Desk Research belegen die Realisierbarkeit großer regionalökonomischer und gesell-
49 schaftlicher Effekte, die in Hamburg nicht in vollem Maße abgerufen werden.

Wis Wissenschaft**Antrag 2024/I/Wis/1****Jusos Hamburg****Der/Die Landesparteitag möge beschließen:****Für die Ausfinanzierung des Studierendenwerks**

1 Der Landesparteitag möge zur Weiterleitung an die SPD-Senator*innen im Hamburger Senat
2 und an die SPD-Bürgerschaftsfraktion beschließen:

3 Die SPD Hamburg setzt sich dafür ein, die Zuschüsse für das Studierendenwerk auf 30 Millionen
4 Euro pro Jahr zu erhöhen und entsprechend der Kostensteigerungen jährlich anzuheben. Zu-
5 dem setzt sie sich für die Finanzierung der erforderlichen (Neu-) Baumaßnahmen ein. Sie setzt
6 sich außerdem dafür ein, dass durch die jährliche Anhebung der Zuschüsse, folgende Punkt
7 mindestens sichergestellt werden:

8 • Wohnen: Schaffung neuer Wohnheimplätze, sodass in einem ersten Schritt für 15 % der Stu-
9 dierenden in Hamburg öffentliche Wohnheimplätze vorhanden sind, deren Miete nicht mehr
10 als ein Drittel des Einkommens der Studierenden betragen darf. Da rund 40 % der Studie-
11 renden von maximal 800 Euro leben, sollten die Mieten 270 Euro nicht übersteigen. • Mo-
12 bilität: Erweiterung der kostenlosen Nutzung des HVV über Schüler*innen hinaus, auch für
13 Studierende. • Abschaffen des Studierendenwerksbeitrags von derzeit 85 Euro pro Semester. •
14 Mensen: Öffnungszeiten und Standorte der Mensen ausweiten. Günstiges Essen (z.B. entspre-
15 chend Niedersachsen-Menü: Ein vollwertiges Essen für 2,50 Euro) für alle ermöglichen zwei-
16 Klassen-Essen.

17 Begründung

18 "Ein Großteil der Studierenden kennt das Studium nur im Krisenmodus. Weil sie ohnehin we-
19 nig Geld haben, ist jede weitere Belastung auch eine Grundsatzentscheidung: Kann ich mir ein
20 Studium noch leisten oder nicht? Es steigen die Anforderungen an die studentische Versorgung
21 und die soziale Infrastruktur. Wir brauchen sehr viel mehr bezahlbaren Wohnraum, schnell
22 erreichbare und effiziente Beratung, Hilfe in psychischen Krisen, finanziellen Notlagen und
23 bei Schwierigkeiten, sich in einem stärker digital gestalteten Studium zurechtzufinden." Mat-
24 thias Anbuhl, Vorstandsvorsitzender Deutsches Studierendenwerk, Interview im DSW-Journal
25 (dsw.wmk-dev.de), 5.7.2023

26 Der Krisenmodus wird besonders an den Einkommen der Studierenden deutlich: Die 22. Sozi-
27 alerhebung zur Lage der Studierenden 2021 hat gezeigt, dass auch unter Studierenden die so-
28 ziale Spaltung weiter zunimmt. Vor zwei Jahren lebten knapp 40 % mit einem Einkommen von
29 höchstens 800 Euro pro Monat, rund ein Sechstel sogar von höchstens 500 Euro. Studierende

30 verwendeten im Durchschnitt zwei Drittel ihres Einkommens für Miete und Lebensmittel, wes-
31 wegen ihnen gesellschaftliche Teilhabe nicht ermöglicht ist. Das Studierendenwerk ist dafür da
32 gesellschaftliche Teilhabe und ein sinnvolles Studium zu ermöglichen. Dafür braucht es gerade
33 jetzt mehr Wohnheimplätze, wo man mit anderen Studierenden und Auszubildenden unter-
34 schiedlicher Herkunft zusammenleben, sich austauschen und voneinander lernen kann. Wohn-
35 heime sind nicht nur günstiger Wohnraum sondern auch Orte des kulturellen Austausches und
36 der Demokratiebildung durch die Selbstverwaltungen der Bewohner*innen. All das ist in einer
37 Zeit der Vereinzelung und zunehmenden psychischen Erkrankungen notwendig, um sich pro-
38 gressiv entwickeln zu können und für eine friedliche Gesellschaft zu wirken. Dafür sind auch die
39 Mensen, als Ort der Begegnung und des Austausches enorm wichtig, weswegen sichergestellt
40 werden muss, dass alle Menschen in den Mensen essen können und nicht aufgrund der hohen
41 Preise die Mensen meiden. Des Weiteren muss allen Studierenden ermöglicht werden sich frei
42 bewegen zu können und für kulturelle Veranstaltungen, für ihre Forschung oder auch für den
43 Weg in die Uni, kostenlos, mindestens in der Stadt Hamburg, Schleswig-Holstein und Nieder-
44 sachsen, den ÖPNV nutzen zu können. Außerdem muss es Beratungsmöglichkeiten geben, die
45 auch für dringliche Fragen kurzfristig erreichbar sind und es muss ausreichend Kita-Plätze in
46 hochschulnähe für alle Studierende mit Kind sowie entlastende Unterstützung für Studieren-
47 de mit Pflegeverantwortung geben. Ein bedarfsgerecht ausgestattetes Studierendenwerk kann
48 seiner Aufgabe – ein Studium zu ermöglichen – nachkommen, indem es diese Bedingungen für
49 sinnvolle Bildung erfüllt und damit zum gesellschaftlichen Fortschritt beiträgt. Dafür sind die
50 städtischen Mittel für das Studierendenwerk entsprechend bedarfsorientiert anzuheben.